

**No. 35490**

---

**Germany  
and  
India**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of India for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital (with protocol). Bonn, 19 June 1995**

**Entry into force:** *19 December 1996 by notification, in accordance with article 28*

**Authentic texts:** *German, Hindi and English*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 22 February 1999*

---

**Allemagne  
et  
Inde**

**Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République de l'Inde tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole). Bonn, 19 juin 1995**

**Entrée en vigueur :** *19 décembre 1996 par notification, conformément à l'article 28*

**Textes authentiques :** *allemand, hindi et anglais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 22 février 1999*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Indien  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung  
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Da die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Indien den Wunsch haben, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern –

wird hiermit folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**

**Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens und der Lohnsummensteuer.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,  
die Körperschaftsteuer,  
die Vermögensteuer und  
die Gewerbesteuer

(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Indien:

die Einkommensteuer, einschließlich darauf entfallender Zusatzsteuern und  
die Vermögensteuer

(im folgenden als „indische Steuer“ bezeichnet).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden teilen einander

die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wichtigen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, einschließlich des Meeresgrunds, des Meeresuntergrunds und der darüberliegenden, an das Küstenmeer angrenzenden Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihrem innerstaatlichen Recht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Republik Indien“ das Hoheitsgebiet der Republik Indien einschließlich der Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums. Für die Zwecke dieses Abkommens umfaßt dieser Ausdruck auch jede andere Sezone, in der die Republik Indien nach indischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, wie insbesondere in dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen festgelegt, souveräne Rechte, andere Rechte und Hoheitsbefugnisse hat;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Indien;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften sowie alle anderen Rechtsträger, die nach den in dem betreffenden Vertragsstaat geltenden Steuergesetzen als Steuersubjekte behandelt werden;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die nach den in dem betreffenden Vertragsstaat geltenden Steuergesetzen als Gesellschaft oder juristische Personen behandelt werden;
- f) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
  - i) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
  - ii) in bezug auf die Republik Indien alle Staatsangehörigen der Republik Indien sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Indien geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Ver-

tragestaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

- j) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und auf seiten der Republik Indien das Central Government in the Ministry of Finance (Department of Revenue) oder sein bevollmächtigter Vertreter;
- k) bedeutet der Ausdruck „Steuerjahr“
  - i) in bezug auf die indische Steuer das vorhergehende Jahr im Sinne des Income Tax Act von 1961;
  - ii) in bezug auf die deutsche Steuer das Kalenderjahr;
- l) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ die deutsche Steuer oder die indische Steuer, wie es sich aus dem Zusammenhang ergibt, schließt jedoch keine Zins- oder Strafzuschläge ein, die im Zusammenhang mit diesen Steuern fällig werden.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die dieses Abkommen gilt.

#### Artikel 4

##### Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

##### Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,

- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen, einschließlich der für die Erforschung und Ausbeutung erforderlichen Einrichtungen und Vorrichtungen,
- g) ein Lager oder eine Verkaufseinrichtung,
- h) eine Farm, eine Plantage oder einen anderen Ort, an dem eine landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, plantagenwirtschaftliche oder verwandte Tätigkeit ausgeübt wird und
- i) eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeit, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Ein Unternehmen wird so behandelt als habe es in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und übe durch diese Betriebsstätte eine Tätigkeit aus, wenn es im Zusammenhang mit der Prospektion oder Förderung von Erdöl in dem Staat Dienstleistungen erbringt, Einrichtungen vorhält oder für die Prospektion oder Förderung eingesetzte oder einzusetzende Anlagen und Maschinen verleiht.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es im erstgenannten Vertragsstaat eine Betriebsstätte, wenn diese Person

- a) in dem Staat die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht gewöhnlich dort ausübt, es sei denn, ihre Tätigkeiten beschränken sich auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen,
- b) diese Vollmacht nicht besitzt, aber im erstgenannten Staat gewöhnlich einen Bestand an Gütern oder Waren unterhält, aus dem sie regelmäßig für das Unternehmen Güter oder Waren ausliefert, oder
- c) in dem erstgenannten Staat gewöhnlich Aufträge ausschließlich oder fast ausschließlich für das Unternehmen selbst oder für das Unternehmen und andere Unternehmen, die es be-

herrschen, von ihm beherrscht werden oder der gleichen gemeinsamen Beherrschung unterliegen wie das Unternehmen, einholt.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln und in ihren kaufmännischen und finanziellen Beziehungen zu dem Unternehmen an keine vereinbarten oder auferlegten Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Personen gewöhnlich miteinander vereinbaren würden.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

#### Artikel 6

##### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

#### Artikel 7

##### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für die Tätigkeit dieser Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlic der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat in besonders gelagerten Fällen unmöglich oder mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach Absatz 2 zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne entweder durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf die Betriebsstätte oder durch angemessene Schätzung zu ermitteln; die gewählte Gewinnaufteilung oder Schätzung muß jedoch derart sein,

daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### **Artikel 8**

##### **Seeschifffahrt und Luftfahrt**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens bei der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Im Sinne dieses Artikels gelten Zinsen auf Kapital, das im Zusammenhang mit dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr steht, als Gewinne aus dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge. Die Bestimmungen des Artikels 11 finden auf diese Zinsen keine Anwendung.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

#### **Artikel 9**

##### **Verbundene Unternehmen**

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

#### **Artikel 10**

##### **Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist,

nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet

- a) Dividenden auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten, ausgenommen Forderungen, mit Gewinnbeteiligung und
- b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch nichtausgeschüttete Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

#### Artikel 11

##### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Indien, die Reserve Bank of India, die Industrial Finance Corporation of India, die Industrial Development Bank of India, die Export-Import Bank of India, National Housing Bank und Small Industries Development Bank of India gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Indien stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) gezahlt werden und Zinsen aus Darlehen, die durch die HERMES-Dekung verbürgt werden, sind von der indischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer



Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Loanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen beiden und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 12

##### Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen

(1) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren oder der Vergütungen für technische Dienstleistungen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Zahlungen jeder Art, die für die Nutzung oder für das Recht auf Nutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bendaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Nutzung oder das Recht auf Nutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Vergütungen für technische Dienstleistungen“ bedeutet Zahlungen jeglicher Höhe für Dienstleistungen auf den Gebieten der Geschäftsleitung, der Technik oder der Beratung einschließlich der Beschaffung von Dienstleistungen durch technisches oder anderes Personal, jedoch keine Zahlungen für unselbständige Arbeit im Sinne des Artikels 15 dieses Abkommens.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren oder der Vergütungen für technische Dienstleistungen im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte, Vermögenswerte oder Verträge, für die die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat der Schuldner der Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen für die Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zahlungen, so gelten die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen beiden und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### **Artikel 13**

##### **Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung seiner selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### **Artikel 14**

##### **Selbständige Arbeit**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbst-

ständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, mit Ausnahme der folgenden Umstände, unter denen die genannten Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden können:

- a) wenn der natürlichen Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; in diesem Fall können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder
  - b) wenn die natürliche Person sich im anderen Vertragsstaat insgesamt 120 Tage oder länger während des betreffenden Steuerjahrs aufhält; in diesem Fall können die Einkünfte im anderen Vertragsstaat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie aus der im anderen Staat ausgeübten Tätigkeit stammen.
- (2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Chirurgen, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

#### Artikel 15

##### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, im anderen Vertragsstaat nur besteuert werden, wenn die Arbeit dort ausgeübt wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibt.

#### Artikel 16

##### Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

#### Artikel 17

##### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person

zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem in Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird, und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar von dem anderen Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

#### Artikel 18

##### Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 19

##### Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
  - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

#### Artikel 20

##### Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustauschs in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort

unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat im ersten Jahr vom Tag der Einreise an gerechnet mit Ihnen für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen und im darauf folgenden Jahr lediglich mit den von außerhalb dieses Staates bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit.

(2) Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat lediglich als

- a) Student einer Universität, Hochschule oder Schule in diesem Vertragsstaat,
- b) Lehrling (In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten),
- c) Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Organisation vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten oder
- d) Mitarbeiter eines Programms der technischen Zusammenarbeit, an dem die Regierung dieses Vertragsstaats beteiligt ist, aufhält, und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist von der Steuer des erstgenannten Vertragsstaats befreit hinsichtlich
  - i) aller für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
  - ii) der Vergütungen für unselbständige Arbeit in dem anderen Staat bis zu 7 200 Deutsche Mark (siebentausendzweihundert Deutsche Mark) beziehungsweise deren Gegenwert in indischer Währung je Steuerjahr, vorausgesetzt die unselbständige Arbeit hängt unmittelbar mit seinem Studium zusammen oder wird zur Bestreitung seines Unterhalts ausgeübt.

#### Artikel 21

##### Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger derartiger Einkünfte im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats in Form von Lotterien, Kreuzworträtseln, Rennen einschließlich Pferderennen, Kartenspielen und anderen Spielen jeder Art oder Glücksspielen oder Wetten jeglicher Art bezieht, im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

#### Artikel 22

##### Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 23

##### Vermeldung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Die Einkünfte aus der Republik Indien sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, werden von der deutschen Steuer freigestellt, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Für Dividenden gilt die Freistellung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Indien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von Steuern vom Vermögen werden Beteiligungen freigestellt, wenn deren Dividenden, falls solche gezahlt werden oder gezahlt worden wären, nach dem vorhergehenden Satz freizustellen sind oder wären.

b) Auf die von den nachstehenden aus der Republik Indien stammenden Einkünften und den dort gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Steuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die indische Steuer angerechnet, die nach dem Recht der Republik Indien und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- i) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- ii) Zinsen;
- iii) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen;
- iv) Einkünfte im Sinne des Artikels 13 Absatz 4;
- v) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- vi) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

c) Für die Zwecke der unter Buchstabe b Doppelbuchstabe ii vorgesehenen Anrechnung wird der Satz der indischen Steuer ungeachtet des tatsächlich gezahlten Steuerbetrags mit 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen angesetzt, wenn die indische Steuer nach innerstaatlichem Recht auf einen niedrigeren Satz ermäßigt oder vollständig erlassen wird.

d) Die Bestimmungen des Buchstabens c gelten für die ersten 12 Steuerjahre der Laufzeit dieses Abkommens.

e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a werden Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und Gewinne aus der Veräußerung des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte sowie die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte nur dann von der deutschen Steuer freigestellt, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus aktiven Tätigkeiten stammen.

Für Einkünfte im Sinne des Artikels 10 und die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte gilt die Freistellung auch dann, wenn die Dividenden aus Beteiligungen an ande-

ren in der Republik Indien ansässigen Gesellschaften stammen, die aktive Tätigkeiten ausüben und an denen die zuletzt ausschüttende Gesellschaft zu mehr als 25 vom Hundert beteiligt ist.

Aktive Tätigkeiten sind in der Republik Indien ausgeübte Herstellung und Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung und technische Dienstleistung und Bank- und Versicherungsgeschäfte.

Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so gilt nur das Anrechnungsverfahren nach Buchstabe b.

(2) Bei einer in der Republik Indien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in der Republik Indien ansässige Person Einkünfte oder besitzt sie Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so fällt die Republik Indien zum Abzug von der Steuer vom Einkommen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland entweder unmittelbar oder im Abzugsweg gezahlten Einkommensteuer entspricht, und zum Abzug von der Steuer vom Vermögen dieser Person einen Betrag, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Vermögensteuer entspricht. Der Abzug darf aber in keinem Fall den Teil der (vor dem Abzug ermittelten) Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf das Einkommen oder das Vermögen entfällt, das in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

(3) Die Veranlagung und Besteuerung des Einkommens und des Vermögens in jedem der beiden Vertragsstaaten richtet sich weiterhin nach den in dem betreffenden Vertragsstaat geltenden Gesetzen, es sei denn, daß dieses Abkommen ausdrücklich entgegenstehende Vorschriften enthält.

#### Artikel 24

##### Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen und gleichen Bedingungen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist weder so auszulegen, als hindere sie einen Vertragsstaat, auf die Gewinne einer Betriebsstätte, die eine Gesellschaft des anderen Vertragsstaats unterhält, einen höheren Steuersatz anzuwenden als den Satz, mit dem die Gewinne einer vergleichbaren Gesellschaft des erstgenannten Staates belastet werden noch so, als widerspräche sie den Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 3. Außerdem ist diese Bestimmung nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

#### Artikel 25

##### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie die Bestimmungen dieses Abkommens über die Befreiung von diesen Steuern oder die Ermäßigung der Steuern anzuwenden sind.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

#### Artikel 26

##### Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;



- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

#### Artikel 27

##### Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

#### Artikel 28

##### Inkrafttreten

(1) Die Regierungen der Vertragsstaaten notifizieren einander, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Eingang der letzten der in Absatz 1 genannten Notifikationen in Kraft und ist anzuwenden

##### a) in der Bundesrepublik Deutschland

- i) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen auf die Beträge, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- ii) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem ersten Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;

##### b) in der Republik Indien

- i) bei Einkünften, die in den Steuerjahren entstehen, die am oder nach dem ersten April des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- ii) bei Vermögenswerten, die am letzten Tag der Steuerjahre vorhanden sind, die am oder nach dem ersten April des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens erlöschen das Abkommen vom 18. März 1959 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Indien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und das Protokoll vom 28. Juni 1984 zur Änderung des am 18. März 1959 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Indien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens sowie der Notenwechsel vom selben Tag; Abkommen, Protokoll und Notenwechsel sind ab dem Zeitpunkt nicht mehr anzuwenden, von dem an dieses Abkommen anzuwenden ist.

#### Artikel 29

##### Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) in der Bundesrepublik Deutschland
  - i) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
  - ii) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
  
- b) in der Republik Indien
  - i) bei Einkünften, die in den Steuerjahren entstehen, die am oder nach dem ersten April des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kündigungsjahr folgt;
  - ii) bei Vermögenswerten, die am letzten Tag der Steuerjahre vorhanden sind, die am oder nach dem ersten April des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 19. Juni 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, Hindi und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des Hindi-Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Dr. Hans-Friedrich von Ploetz  
Dr. Kurt Faltlhauser

Für die Republik Indien

Dr. Manmohan Singh

## Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Indien

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 19. Juni 1995 in Bonn die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

### (1) Zu Artikel 7

- a) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Bauausführung oder Montage werden der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat, in dem sie liegt, nur die Gewinne aus der Tätigkeit der Betriebsstätte als solcher zugerechnet. Werden Maschinen oder Ausrüstungen vom Hauptsitz oder von einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens (außerhalb des Vertragsstaats gelegen) oder einem Dritten (außerhalb des Vertragsstaats gelegen) im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit oder unabhängig davon geliefert, so wird der Wert dieser Lieferungen nicht den Gewinnen der Bauausführung oder Montage zugerechnet.
- b) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus Planungs-, Projekt-, Bau- oder Forschungstätigkeit und aus technischen Dienstleistungen, die in diesem Staat im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte ausgeübt werden, werden der Betriebsstätte nicht zugerechnet.
- c) Bezüglich des Artikels 7 Absatz 1 gilt folgendes: Gewinne aus dem Verkauf von Gütern oder Waren derselben oder ähnlicher Art, wie sie durch die Betriebsstätte verkauft werden, oder aus sonstiger Geschäftstätigkeit derselben oder ähnlicher Art, wie sie durch die Betriebsstätte ausgeübt wird, kann als der Betriebsstätte zurechenbar gelten, wenn nachgewiesen wird, daß
  - i) diese Transaktion durchgeführt wurde, um die Besteuerung in dem Vertragsstaat zu vermeiden, in dem die Betriebsstätte liegt, und
  - ii) die Betriebsstätte in irgendeiner Weise an dieser Transaktion beteiligt war.
- d) Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Abzüge für die in Artikel 7 Absatz 3 genannten Aufwendungen des Hauptsitzes in keinem Fall niedriger sein dürfen als die nach dem indischen Income Tax Act zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens zulässigen Abzüge.
- e) Kein Abzug wird für Beträge zugelassen, die von der Betriebsstätte (außer zur Erstattung tatsächlicher Ausgaben) an den Hauptsitz des Unternehmens oder eine seiner Geschäftsstellen gezahlt oder diesen in Rechnung gestellt werden in Form von
  - i) Lizenzgebühren, Gebühren oder ähnliche Zahlungen als Gegenleistung für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten,
  - ii) Provisionen für besondere Dienstleistungen oder Geschäftsleitung und
  - iii) Zinsen auf Geldbeträge, die der Betriebsstätte geliehen worden sind, soweit es sich nicht um Bankinstitute handelt.

**(2) Zu Artikel 8**

Im Sinne des Artikels 8 umfassen Einkünfte aus dem Betrieb von Seeschiffen Einkünfte aus der Verwendung, Wartung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung für die Beförderung von Containern) im Zusammenhang mit der Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr.

**(3) Zu Artikel 10**

Für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland schließt der Ausdruck „Dividenden“ die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie die ausgeschütteten Gewinne auf Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften ein. Für die Zwecke der Besteuerung in der Republik Indien werden ähnliche Einkünfte entsprechend behandelt.

**(4) Zu den Artikeln 10 und 11**

Ungeachtet dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

**(5) Zu Artikel 13**

In Anbetracht des im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigten Umstands, daß die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) vollständig im Eigentum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland steht und in Deutschland von der Einkommensteuer befreit ist, wird vereinbart, daß Veräußerungsgewinne, die der DEG aus der Veräußerung von langfristig gehaltenen Anteilen an indischen Gesellschaften erwachsen, in Indien von der Besteuerung befreit sind.

**(8) Zu Artikel 23**

- a) Die Freistellung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a wird unabhängig davon gewährt, ob die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte tatsächlich in der Republik Indien besteuert werden oder nicht.
- b) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Indien zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 Absatz 1 die durch die Anrechnungsmethode bedingte Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.
- c) Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b und nicht durch Steuerfreistellung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a,
  - aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 regeln läßt und
    - i) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert würden oder
    - ii) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte in der Republik Indien unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden und in der Bundesrepublik Deutschland (abgesehen von der Anwendung dieses Absatzes) von der Steuer befreit blieben, oder

- bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen ihres innerstaatlichen Rechts der Republik Indien auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die sie diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt, um die steuerliche Freistellung von Einkünften in beiden Vertragsstaaten oder sonstige Gestaltungen zum Mißbrauch des Abkommens zu verhindern.

Im Fall einer Notifikation nach Doppelbuchstabe bb kann die Republik Indien vorbehaltlich einer Notifikation auf diplomatischem Weg diese Einkünfte aufgrund dieses Abkommens entsprechend der Qualifikation der Einkünfte durch die Bundesrepublik Deutschland qualifizieren. Eine Notifikation nach diesem Absatz wird erst ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

**(7) Zu Artikel 26**

- a) Es gilt als vereinbart, daß der Ausdruck „Information“ Dokumente einschließt. Es gilt ferner als vereinbart, daß die deutschen Steuervorschriften die Weiterleitung von Informationen, auf Ersuchen, im Sinne des Artikels 117 Absatz 3 der Abgabenordnung vorsehen und daß es möglich ist, der zuständigen Behörde der Republik Indien nach diesen Vorschriften Informationen unabhängig von diesem Artikel zur Verfügung zu stellen.
- b) Soweit nach diesem Artikel personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten hierzu ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:
- i) Die übermittelnden Vertragsstaaten sind verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
  - ii) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
  - iii) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntheit zu schützen.
  - iv) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

Geschehen zu Bonn am 19. Juni 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, Hindi und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des Hindi-Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Dr. Hans-Friedrich von Ploetz  
Dr. Kurt Falthäuser

Für die Republik Indien

Dr. Manmohan Singh

[ HINDI TEXT — TEXTE HINDI ]

आय तथा पूँजी पर करों के संबंध में दोहरे कराधान  
के परिहार के लिए

जर्मन संघीय गणराज्य

और

भारत गणराज्य

के बीच करार

जर्मन संघीय गणराज्य की सरकार और भारत गणराज्य की सरकार,

आय तथा पूँजी संबंधी करों पर दोहरे कराधान के परिहार  
तथा अपने परस्परिक आर्थिक संबंधी के संवर्धन हेतु एक करार  
निष्पन्न करना चाहती हैं ;

अतः अब पक्षद्वारा नीचे लिखे अनुसार सहमत हुई हैं :

**अनुच्छेद - 1**

**व्यक्तिगत क्षेत्र**

यह करार उन व्यक्तियों पर लागू होगा जो सविदाकारी एजेंसियों में से किसी एक अथवा दोनों के निवासी हैं ।

अनुच्छेद - 2

करार के अंतर्गत आने वाले कर

1. यह करार, आय तथा पूंजी पर करों के संबंध में लागू होगा जो किसी संविदाकारी राज्य की ओर से किसी प्रदेश अथवा किसी राजनैतिक उप-भाग अथवा उसके किसी स्थानीय प्राधिकरण द्वारा लगाए जाएं, भले ही उन्हें लगाए जाने की प्रक्रिया किसी भी हो ।
2. सकल आय, संपूर्ण पूंजी अथवा आय अथवा पूंजी के तत्वों पर लगाए गए सभी करों को आय तथा पूंजी पर लगाए गए करों के रूप में माना जाएगा जिनमें चल अथवा अचल सम्पत्ति के अन्तर्गत से प्राप्त अभिलेखों और वेतन-पत्रक पर लगाए गए कर भी शामिल हैं ।
3. जिन मौजूदा करों पर यह करार लागू होगा वे विशेषतया इस प्रकार हैं :
  - § क § जर्मन संघीय गणराज्य में :
    - आइनकॉमनश्टॉयर § आयकर § ;
    - कोर्परशाफ्टश्टॉयर § निगम कर § ;
    - फैर्मोएगनश्टॉयर § पूंजी कर § ; और
    - गेवेर्बेश्टॉयर § व्यापारिक कर § ;
  - § जिन्हें इसके बाद "जर्मन कर" कहा गया है § ;
  - § स § भारत गणराज्य में :
    - आयकर जिसमें उस पर लगने वाला कोई अधिभार भी शामिल है
    - § आइनकॉमनश्टॉयर आइनश्लोस्लीस डाराउफ पेंटफालेन्डर त्सुजात्सश्टॉयर्न § और घन कर § फैर्मोएगनश्टॉयर § ;
    - § जिन्हें इसके बाद "भारतीय कर" कहा गया है § ।
4. यह करार किसी भी समरूप अथवा सारतः इसी तरह के करों पर भी लागू होगा, जो करार पर हस्ताक्षर किए जाने के पश्चात् विद्यमान करों के अतिरिक्त अथवा उनके स्थान पर लगाए जाएं । संविदाकारी राज्यों के सक्षम प्राधिकारी अपने-अपने करारान कानूनों में किए गए महत्वपूर्ण परिवर्तनों के संबंध में एक-दूसरे को सूचित करेंगे ।



अनुच्छेद - 3

सामान्य परिभाषाएं

- 1- इस करार के प्रयोजनों के लिए, जब तक संदर्भ में अन्यथा अपेक्षित न हो :
- §क§ "जर्मन संघीय गणराज्य" पद से वह क्षेत्र अभिप्रेत है जिस पर जर्मन संघीय गणराज्य के कर कानून लागू होते हैं जिसमें समुद्र क्षेत्र, उसका वह उप-भाग और क्षेत्रीय समुद्र के समीप का उपरिवर्ती जल कॉलम भी शामिल है जिस पर जर्मन संघीय गणराज्य का, अन्तरराष्ट्रीय कानून तथा इसके राष्ट्रीय विधान के अनुसार प्रसूतता सम्पन्न अधिकार अथवा क्षेत्राधिकार हों ;
- §ख§ "भारत का गणराज्य" पद से अभिप्रेत है - भारत का राज्य क्षेत्र तथा उसमें शामिल क्षेत्रीय समुद्र तथा उसके ऊपर का वायुमण्डलीय क्षेत्र । इस करार के प्रयोजनों के लिए, इस पद में कोई ऐसा अन्य समुद्री क्षेत्र भी शामिल होगा जिस पर भारतीय कानून के अनुसार तथा विशेषतया समुद्र कानून के संयुक्त राष्ट्र संघ अभिसमय में यथा-निर्धारित अन्तरराष्ट्रीय कानून के अनुसार भारत के गणराज्य के प्रसूतता सम्पन्न अधिकार, अन्य अधिकार तथा क्षेत्राधिकार हों ;
- §ग§ "एक सविदाकारी राज्य" तथा "दूसरा सविदाकारी राज्य" पदों से यथा संदर्भ जर्मन संघीय गणराज्य अथवा भारत गणराज्य अभिप्रेत हैं ;
- §घ§ "व्यक्ति" पद में कोई व्यक्ति, कोई कम्पनी और कोई भी अन्य सत्ता शामिल है जिसे संबंधित सविदाकारी राज्यों में लागू करार कानूनों के अंतर्गत करायेयें स्वीकार्य माना जाता है ;
- §ङ.§ "कम्पनी" पद से कोई ऐसा निगमित निकाय अथवा कोई ऐसी सत्ता अभिप्रेत है जिसे संबंधित सविदाकारी राज्यों में लागू करार कानूनों के अंतर्गत एक कम्पनी अथवा निगमित निकाय माना जाता है ;
- §च§ "अचल सम्पत्ति" पद का अर्थ वही होगा जो उस सविदाकारी राज्य के कानून के अंतर्गत उसका अर्थ है जिसमें संबंधित सम्पत्ति स्थित है, इस पद में हर स्थिति में ये शामिल होंगे-अचल सम्पत्ति के उप-साधन के रूप में सम्पत्ति, कृषि और वानिकी में प्रयुक्त पशुधन और उपकरण, ऐसे अधिकार जिन पर मू-सम्पत्ति संबंधी सामान्य कानून के उपबंध लागू होते हों, अचल सम्पत्ति को भोगने के अधिकार और सनिज भण्डार, झील तथा अन्य प्रकृतिक संसाधनों के संचालन के

लिए अथवा कार्य करने के अधिकार के प्रतिफल के रूप में परिवर्तनीय अथवा नियत अदायोगियों के अधिकार जलयान, नौकाएं तथा विमान, यह सब अचल सम्पत्ति पद में सम्मिलित नहीं होंगे ;

§ छ § "एक सविदाकारी राज्य का उद्यम" तथा "दूसरे सविदाकारी राज्य का उद्यम" पदों से क्रमशः एक सविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा संचालित उद्यम तथा दूसरे सविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा संचालित उद्यम अभिप्रेत है ;

§ ज § "राष्ट्रिक" पद का अर्थ है :

§ i § जर्मन संघीय गणराज्य के संदर्भ में, जर्मन संघीय गणराज्य के मूल कानून के अनुच्छेद 116 के पैराग्राफ § 1 की परिभाषा के अनुसार कोई जर्मन और कोई भी विधिक व्यक्ति भागीदारी अथवा संस्था जिसे अपनी यह हैसियत जर्मन संघीय गणराज्य में प्रकृत कानूनों से प्राप्त होती हो ;

§ ii § भारत गणराज्य के संदर्भ में, भारत गणराज्य का कोई राष्ट्रिक और कोई भी विधिक व्यक्ति, भागीदारी और संस्था जिसे अपनी यह हैसियत भारत गणराज्य में प्रकृत कानूनों से प्राप्त होती हो ;

§ झ § "अन्तरराष्ट्रीय यातायात" पद से अभिप्रेत है - किसी ऐसे जलयान अथवा वायुयान द्वारा कोई भी परिवहन जो एक ऐसे उद्यम द्वारा संचालित हो, जिसका प्रभावी प्रबन्ध स्थान किसी एक सविदाकारी राज्य में स्थित हो सिवाय उस स्थिति के, जलयान अथवा वायुयान दूसरे सविदाकारी राज्य के भीतर स्थित स्थानों के बीच ही चलाया जाता हो ;

§ ञ § "सक्षम अधिकारी" पद से अभिप्रेत है - जर्मन संघीय गणराज्य के मामले में, संघीय वित्त मंत्रालय तथा भारत के मामले में केन्द्रीय सरकार का वित्त मंत्रालय "राजस्व विभाग" अथवा उनका अधिकृत प्रतिनिधि ;

§ ट § "वित्तीय वर्ष" पद से अभिप्रेत है :

§ i § जर्मन कर के मामले में, कैलेन्डर वर्ष ;

§ ii § भारतीय कर के मामले में, आयकर अधिनियम, 1961 में यथा-परिभाषित पूर्ववर्ती वर्ष ।

॥४॥ "कर" पद का आशय संदर्भ के अनुसार जर्मन कर अथवा भारतीय कर से है परन्तु उसमें इन करों के संबंध में लगाया गया ब्याज अथवा अर्थ-वंड शामिल नहीं होगा ।

2. जहां तक किसी सविदाकारी राज्य द्वारा इस करार के प्रवर्तन का संबंध है, किसी शब्द का जो उसमें परिभाषित नहीं हुआ जब तक संदर्भ में अन्यथा अपेक्षित न हो, तब तक वही अर्थ होगा जो उस राज्य के उन करों से संबंधित कानूनों के अंतर्गत होता है जिन पर यह करार लागू होता है।

अनुच्छेद - 4

निवासी

1. इस कथार के प्रयोजनार्थ, "एक सविदाकारी राज्य का निवासी" पद से अभिप्रेत है - कोई भी ऐसा व्यक्ति जिस पर उस राज्य के कानूनों के अंतर्गत उसके अधिवास, निवास, प्रबंध-स्थान अथवा इस प्रकार की किसी अन्य कसौटी के आधार पर वहां पर कर लगाया जा सकता है। परन्तु इस पद में कोई ऐसा व्यक्ति शामिल नहीं है जिसके द्वारा उस राज्य में केवल इसलिए कर देय हो क्योंकि आय का स्रोत अथवा कर योग्य सम्पत्ति उस राज्य में स्थित है।
2. जहां पैराग्राफ 1 के उपबंधों के कारण कोई व्यक्ति दोनों सविदाकारी राज्यों का निवासी हो, वहां उसकी हैसियत निम्नानुसार तय की जाएगी :
  - क) उसे उस राज्य का निवासी माना जाएगा जहां उसे एक स्थायी निवास-गृह उपलब्ध हो, यदि उसे दोनों ही सविदाकारी राज्यों में कोई स्थायी निवास-गृह उपलब्ध हो, तो वह उस राज्य का निवासी माना जाएगा, जिसके साथ उसके व्यक्तिगत और आर्थिक संबंध घनिष्ठतर महत्वपूर्ण हितों का केन्द्र हैं ;
  - ख) यदि उस राज्य का, जिसमें उसके महत्वपूर्ण हित निहित हैं, निश्चय नहीं किया जा सकता अथवा यदि उसे दोनों राज्यों में से किसी भी राज्य में कोई स्थायी निवास-गृह उपलब्ध नहीं हो, तो वह उस राज्य का निवासी माना जाएगा जहां वह आदतन रहता हो;
  - ग) यदि वह आदतन दोनों ही राज्यों में रहता हो अथवा उनमें से किसी राज्य में नहीं रहता हो, तो वह उस राज्य का निवासी माना जाएगा जिसका वह एक राष्ट्रिक है ;
  - घ) यदि वह दोनों ही राज्यों का राष्ट्रिक है अथवा उनमें से किसी का भी राष्ट्रिक नहीं है, तो सविदाकारी राज्यों के सहम प्रधिकारी परस्परिक सहमति द्वारा इस प्रश्न को हल करेंगे।
3. जहां व्याप्टि से भिन्न कोई व्यक्ति पैराग्राफ 1 के उपबंधों के कारण दोनों सविदाकारी राज्यों का निवासी हो तो वह उस राज्य का निवासी माना जाएगा, जिसमें उसका वास्तविक प्रबन्ध-स्थान स्थित है।

अनुच्छेद- 5

स्थायी संस्थापन

1. इस करार के प्रयोजनार्थ, "स्थायी संस्थापन" पद से कारोबार का वह निश्चित स्थान अभिप्रेत है जिसके माध्यम से उद्यम का कारोबार सम्पूर्णतः अथवा अंशतः चलाया जाता है ।
2. "स्थायी संस्थापन" पद में विशेषतया निम्नलिखित शामिल हैं :-
  - {क} प्रबंध व्यवस्था का कोई स्थान ;
  - {ख} कोई शाखा ;
  - {ग} कोई कार्यालय ;
  - {घ} कोई कारखाना ;
  - {ङ} कोई कार्यशाला ;
  - {च} कोई खान, तेल अथवा गैस का कुआं, खदान अथवा प्रकृतिक संसाधनों के निष्कर्षण का कोई अन्य स्थान, जिसमें खोज करने अथवा निष्कर्षण हेतु प्रयुक्त कोई संस्थापन अथवा संरचना भी शामिल है ;
  - {छ} कोई भण्डागार अथवा बिक्री केन्द्र ;
  - {ज} कोई फार्म, बागान अथवा कोई अन्य स्थान जहां कृषि, वानिकी, बागवानी अथवा सम्बद्ध कार्य-कलाप किए जाते हैं ; और
  - {झ} कोई भवन स्थल अथवा कोई निर्माण-कार्य, प्रतिष्ठापन अथवा संयोजन परियोजना अथवा उनसे संबंधित पर्यवेक्षी कार्यकलाप, जहां ऐसा भवन स्थल परियोजना अथवा कार्य-कलाप छः मास से अधिक की अवधि के लिए चलता रहता हो ।
3. किसी उद्यम का किसी संविदाकारी राज्य में कोई स्थायी संस्थापन का होना तथा उस स्थायी संस्थापन के माध्यम से कारोबार करना तभी माना जाएगा यदि वह इस संबंध में सेवाएं अथवा सुविधाएं प्रदान करता है अथवा उस राज्य में सैनिक तैलों को खोजने अथवा निष्कर्षण अथवा उपयोग में लाए जाने वाले संयंत्र और मशीनरी क्रय पर मुहैया करता है ।
4. इस अनुच्छेद के पूर्ववर्ती उपबंधों के होते हुए भी, "स्थायी संस्थापन" पद में निम्नलिखित को शामिल नहीं माना जाएगा :
  - {क} किसी उद्यम के माल अथवा फस्य-वस्तुओं के केवल भण्डारण, प्रदर्शन अथवा डिलीवरी के प्रयोजनार्थ सुविधाओं का प्रयोग ;

- ॥ ब ॥ केवल मण्डारण, प्रदर्शन अथवा डिलीवरी के प्रयोजनार्थ उद्यम के माल अथवा फ्य-वस्तुओं का स्टॉक रखना ;
- ॥ ग ॥ किसी अन्य उद्यम द्वारा केवल संसाधित किए जाने के प्रयोजनार्थ उद्यम के माल अथवा फ्य-वस्तुओं का स्टॉक रखना ;
- ॥ घ ॥ किसी उद्यम के लिए माल अथवा फ्य-वस्तुओं का केवल क्य करने अथवा सूचना फक्र करने के प्रयोजनार्थ कारोबार का कोई निश्चित स्थान रखना ;
- ॥ ड • ॥ उद्यम के लिए केवल किसी अन्य प्रारम्भिक अथवा सहायक स्वरूप के कार्यकलाप चताने के प्रयोजनार्थ कारोबार का कोई निश्चित स्थान रखना ;
- ॥ च ॥ उप-पैराग्राफ ॥क से ड • ॥ में उल्लिखित कार्यकारणों के मात्र संयोजन के लिए कारोबार का कोई निश्चित स्थान रखना, बशर्ते कि उस संयोजन के परिणामतः कारोबार के निश्चित स्थान के समग्र कार्यकलाप प्रारम्भिक अथवा सहायक स्वरूप के हों ।
5. पैराग्राफ 1 और 2 के उपबंधों के होते हुए भी जहां कोई व्यक्ति जो फक्र स्वतंत्र हैसियत वाले अभिकर्ता से भिन्न है जिस पर पैराग्राफ 6 लागू होता है, फक्र सविदाकारी राज्य में दूसरे सविदाकारी राज्य की ओर से कार्य करता है तो उसका प्रथमोत्तिष्ठित राज्य में स्थायी संस्थापन का होना माना जाएगा, यदि उस व्यक्ति को :-
- ॥ क ॥ उद्यम की ओर से सविदाएं सम्पन्न करने का अधिकार प्राप्त हो और वह आमतौर से उस राज्य में अधिकार का प्रयोग करता हो, जब तक कि उसके कार्यकलाप उद्यम के लिए माल अथवा फ्य-वस्तुओं की खरीद तक सीमित न हों ;
- ॥ ख ॥ उसके पास ऐसा कोई अधिकार नहीं हो परन्तु वह प्रथमोक्त राज्य में आमतौर पर माल अथवा फ्य-वस्तुओं का कोई स्टॉक रखता हो जिसमें से वह उद्यम की ओर से माल अथवा फ्य-वस्तुओं की नियमित रूप से डिलीवरी करता हो ; अथवा
- ॥ ग ॥ वह प्रथमोक्त राज्य में पूर्णतया अथवा लगभग पूर्णतया उस उद्यम के लिए अथवा उद्यम और अन्य नियंत्रणकारी अथवा नियंत्रित उद्यमों के लिए आर्डर प्राप्त करता हो और ऐसा उसी नियंत्रण के तहत हो जिसके अन्तर्गत वह उद्यम हो ।
6. किसी उद्यम का किसी सविदाकारी राज्य में केवल इस कारण कोई स्थायी संस्थापन होना नहीं माना जाएगा कि वह उस राज्य में किसी दलाल, सामान्य कमीशन एजेंट अथवा स्वतंत्र हैसियत वाले अभिकर्ता के माध्यम से कारोबार करता है, बशर्ते कि ऐसे व्यक्ति अपना कारोबार सामान्य रूप से

कर रहे हों और उद्यम के साथ उनके वाणिज्यिक और वित्तीय संबंधों के बारे में किसी शर्तों पर सहमति न हुई हो अथवा ऐसी शर्तें न लगाई गई हों, जो दो स्वतंत्र व्यक्तियों के बीच सामान्यतया सम्मत शर्तों से भिन्न हों ।

7. यदि कोई कंपनी, जो एक सविदाकारी राज्य की निवासी है, किसी ऐसी कंपनी का नियंत्रण करती है अथवा किसी कंपनी द्वारा नियंत्रित है, जो दूसरे सविदाकारी राज्य की निवासी है अथवा जो उस दूसरे सविदाकारी राज्य में कारोबार करती है § चाहे किसी स्थायी संस्थापन के माध्यम से अथवा अन्यथा§ तो मात्र इस तथ्य से उन दोनों में से किसी कंपनी को स्वतः ही दूसरी कंपनी का स्थायी संस्थापन नहीं माना जाएगा ।

**अनुच्छेद - 6**

**अचल सम्पत्ति से आय**

1. एक सविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा दूसरे सविदाकारी राज्य में स्थित अचल सम्पत्ति से प्राप्त आय पर उस दूसरे राज्य में कर लगाया जा सकेगा ।
2. पैराग्राफ 1 के उपबंध, अचल सम्पत्ति के प्रत्यक्ष उपयोग, उसे किराये पर देने अथवा किसी अन्य प्रकार के उपयोग से होने वाली आय पर भी लागू होंगे ।
3. पैराग्राफ 1 और 2 के उपबंध, किसी उद्यम की अचल सम्पत्ति से अर्जित आय पर तथा स्वतंत्र व्यक्तिगत सेवाओं के निम्नानुसार के लिए प्रयुक्त अचल सम्पत्ति से अर्जित आय पर भी लागू होंगे।



अनुच्छेद - 7

कारोबार से ताम्र

1. एक संविदाकारी राज्य के किसी उद्यम के ताम्र पर केवल उसी राज्य में कर लगाया जाएगा यदि वह उद्यम दूसरे संविदाकारी राज्य में स्थित किसी स्थायी संस्थापन के माध्यम से उस राज्य में कारोबार नहीं करता। यदि यह उद्यम उपर्युक्त तरीके से दूसरे संविदाकारी राज्य में कारोबार करता है तो उस उद्यम के ताम्र पर दूसरे राज्य में कर लगाया जा सकता है किन्तु उसके केवल उतने अंश पर ही कर लगाया जा सकेगा जो कि उस स्थायी संस्थापन के कारण हो।
2. पैराग्राफ 3 के उपबंधों के अधीन, जहां एक संविदाकारी राज्य का कोई उद्यम दूसरे संविदाकारी राज्य में स्थित किसी स्थायी संस्थापन के जरिए कारोबार करता हो, वहां प्रत्येक संविदाकारी राज्य में होने वाले ताम्रों को उस स्थायी संस्थापन का ताम्र समझा जायेगा जो उसके प्राप्त होने को तब अपेक्षा रहती जब वह वैसी ही या उससे मिलती-जुलती परिस्थितियों में वैसी ही या उससे मिलते-जुलते कार्यक्षेत्रों में लगा हुआ कोई निश्चित और पृथक उद्यम होता और उस उद्यम के साथ पूर्वतः स्वतंत्र कारोबार करता, जिसका कि यह एक स्थायी संस्थापन है।
3. किसी स्थायी संस्थापन के ताम्र का निर्धारण करने में, उन व्ययों को कटौतियों के रूप में स्वीकार किया जायेगा जो उस स्थायी संस्थापन के कारोबार के प्रयोजनार्थ किए गए हों, जिनमें उस प्रकार किए गए कार्यकारी तथा सामान्य प्रशासनिक व्यय भी शामिल हैं, चाहे वे उस राज्य में किए गए हों जहां स्थायी संस्थापन स्थित है अथवा अन्यत्र तथा वे कटौतियां उस संविदाकारी राज्य, जिसमें स्थायी संस्थापन स्थित है, के अन्तर्देशीय कानून के अनुसार की जाएंगी।
4. जहां तक किसी संविदाकारी राज्य में तथा विशेष मामलों में किसी स्थायी संस्थापन के ढर्रे अर्जित ताम्र का पैराग्राफ 2 के अनुसार आंकलन असंभव हो या इससे अनुचित कठिनाईयां उत्पन्न हों, वहां पैराग्राफ 2 की कोई भी व्यवस्था उस ताम्र को निश्चित करने में बाधक नहीं होगी यदि उस उद्यम के कुल ताम्र का आंकलन और उस ताम्र का प्रमाणन किसी अन्य उचित आधार पर किया गया हो, परन्तु, ताम्र के प्रमाणन या आंकलन के लिए अपनाई गई विधि ऐसी हो कि इससे निकलने वाले परिणाम इस अनुच्छेद में निहित सिद्धांतों के अनुरूप हों।
5. कोई ताम्र केवल इस कारण से किसी स्थायी संस्थापन को प्राप्त हुआ नहीं माना जाएगा कि उस स्थायी संस्थापन ढर्रे उद्यम के लिए मात्र अथवा फर्म-वस्तुएं खरीदी गई हैं।

6. पूर्ववर्ती पैराग्राफों के प्रयोजनार्थ, स्थायी संस्थापन के कारण उत्पन्न हुए समझे जाने वाले लाभ को तब तक वर्षानुवर्ष उसी पद्धति से नियंत्रित किया जाता रहेगा जब तक कि इसके विरुद्ध कोई उचित तथा पर्याप्त कारण उपस्थित न हों ।
7. जहां लाभ में आय की वे मदें शामिल हैं जिनका इस अभिसमय के अन्य अनुच्छेदों में अलग से विवेचन किया गया है, वहां उन अनुच्छेदों के उपबंध इस अनुच्छेद के उपबंधों से प्रभावित नहीं होंगे ।

अनुच्छेद - 8

जलयानों तथा वायुयानों द्वारा परिवहन

1. किसी सविदाकारी राज्य के किसी उद्यम द्वारा अंतरराष्ट्रीय यातायात में जलयानों तथा वायुयानों के परिचालन से होने वाले लाभ पर केवल सविदाकारी राज्य में कर लगाया जा सकेगा जिसमें उद्यम का प्रभावी प्रबंध स्थान स्थित हो ।
2. यदि किसी जहाजरानी उद्यम का प्रभावी प्रबंध-स्थान, जलयान में हो, तो इसे उस सविदाकारी राज्य में स्थित माना जाएगा जिस देश में उसका घरेलू बन्दरगाह स्थित है, यदि कोई ऐसा स्वदेशी बन्दरगाह नहीं है, तो इसे उस सविदाकारी राज्य में स्थित माना जाएगा जिसका निवासी उस जलयान का प्रचालक है ।
3. इस अनुच्छेद के प्रयोजनार्थ अंतरराष्ट्रीय यातायात में जलयानों अथवा वायुयानों के परिचालन से संबंधित नियमों पर व्याज को ऐसे जलयानों अथवा वायुयानों के परिचालन से हुए लाभ के रूप में माना जाएगा तथा अनुच्छेद 11 के उपबंध ऐसे व्याज के मामलों में लागू नहीं होंगे ।
4. पैराग्राफ 1 के उपबंध किसी फून, किसी संयुक्त कारोबार अथवा किसी अंतरराष्ट्रीय परिचालन फ्रेंसी में भाग लेने से प्राप्त लाभ पर भी लागू होंगे ।

अनुच्छेद - 9

सम्बन्ध उद्यम

जहां

- { क } फ़क सन्विदाकारि राज्य का कोई उद्यम दूसरे सन्विदाकारि राज्य के किसी उद्यम के प्रबंध, नियंत्रण अथवा पूँजी में प्रत्यक्षतः अथवा अप्रत्यक्षतः भाग लेता है; अथवा
- { ख } फ़क ही व्यक्ति, फ़क सन्विदाकारि राज्य के किसी उद्यम के और दूसरे सन्विदाकारि राज्य के किसी उद्यम के प्रबंध नियंत्रण अथवा पूँजी में प्रत्यक्षतः अथवा अप्रत्यक्षतः भाग लेता है;

और दोनों में से किसी के भी मामले में, दोनों उद्यमों के बीच उनके वाणिज्यिक अथवा वित्तीय संबंधों में ऐसी शर्तें रही अथवा लगाई जाती हैं, जो उन शर्तों से भिन्न है जो स्वतंत्र उद्यमों के बीच रखी जाती हैं, वहां ऐसा कोई भी लाभ जो उन शर्तों के न होने की स्थिति में उन उद्यमों में से किसी फ़क उद्यम को प्राप्त होता किन्तु उन शर्तों के कारण उस प्रकार प्राप्त नहीं हुआ, तो वे लाभ उस उद्यम के लाभों में शामिल किए जा सकेंगे और उन पर तदनुसार कर लगाया जा सकेगा ।

अनुच्छेद -10

लभ्यांश

1. फ़क सविदाकारी राज्य की किसी निवासी कंपनी द्वारा दूसरे सविदाकारी राज्य के किसी निवासी को अदा किये गये लभ्यांश उस दूसरे राज्य में करायेय होंगे ।

2. तथापि ऐसे लभ्यांशों पर उस सविदाकारी राज्य में, उस राज्य के कानून के अनुसार कर लगाया जा सकेगा, लभ्यांश अदा करने वाली कंपनी जिसकी निवासी है, परन्तु यदि प्राप्तकर्ता लभ्यांशों का हितभागी स्वामी है, तो इस प्रकार लगाया जाने वाला कर लभ्यांश की सकल रशि का 10 प्रतिशत से अधिक नहीं होगा । इस पैराग्राफ का प्रभाव कंपनी के उन लभ्यों के कर दायित्व पर नहीं पड़ेगा जिसमें से लभ्यांश लिया जाता है ।

3. इस अनुच्छेद में यथा-प्रयुक्त "लभ्यांश" शब्द का अभिप्राय है :

।क। शेयरों पर लभ्यांश और शेयरों से आय और "जयोसेंस" शेयर्स अथवा "जयोसेंस" रइट्स, सनन शेयर, प्रवर्तक के शेयर अथवा अन्य रइट्स, जो लभ्यों में भागीदारी करने वाले स्रणदाये नहीं हैं ।

।ख। अन्य आय जिस पर उस राज्य के, जिसकी वितरण करने वाली कंपनी फ़क निवासी है, कानूनों के अनुसार उसी प्रकार कर लगाया जाता है, जो शेयरों से प्राप्त आय पर लागू हो ।

4. पैराग्राफ 1 और 2 के उपबंध उस स्थिति में लागू नहीं होंगे, यदि लभ्यांशों का हितभागी स्वामी जो फ़क सविदाकारी राज्य का निवासी है, दूसरे सविदाकारी राज्य में कारोबार करता है, जिसकी लभ्यांश अदा करने वाली कंपनी, वहां स्थित फ़क स्थायी संस्थापन के माध्यम से निवासी है अथवा उस दूसरे राज्य में स्थित किसी निश्चित स्थान से स्वतंत्र वैयक्तिक सेवाएं प्रदान करता है और जिस धारणाधिकार के लभ्यांशों की अदायगी की जाती है, वहां वह इस प्रकार के स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान से प्रभावी रूप से सम्बद्ध है । ऐसी स्थिति में अनुच्छेद 7 या अनुच्छेद 14, जैसा भी मामला हो लागू होंगे ।

5. जहां कोई कंपनी, जो फ़क सविदाकारी राज्य की निवासी है, दूसरे सविदाकारी राज्य से लभ अथवा आय प्राप्त करती है, वहां दूसरा राज्य, कंपनी द्वारा अदा किए गए लभ्यांशों पर किसी भी प्रकार का कर नहीं लगाएगा सिवाय उसके कि जो लभ्यांश उस दूसरे राज्य के निवासी को अदा किया

जाता हो अथवा जहां तक कि उस धारणाधिकार के बारे में लाभांशों की अदायगी की जाती है, वह उस राज्य में स्थित किसी स्थायी संस्थापन या किसी नियत स्थान से प्रभावी रूप से संबंधित है, वहां उस दूसरे राज्य में कंपनी के अतिरिक्त लाभों पर, अतिरिक्त लाभ संबंधी कर नहीं लगाया जाएगा, चाहे अदा किए गए लाभांश अथवा अतिरिक्त लाभ पूर्ण रूप से अथवा आंशिक रूप से उस दूसरे राज्य में उद्भूत होने वाले लाभ अथवा आय के रूप में ही हों ।

अनुच्छेद - 11

न्याय

1. एक संधिदाकारी राज्य में उत्पन्न होने वाले तथा दूसरे संधिदाकारी राज्य के किसी निवासी को भुगतान किए जाने वाले व्याज पर उस दूसरे राज्य में कर लगाया जाएगा ।
2. तथापि, इस प्रकार के व्याज पर उस संधिदाकारी राज्य में भी जोर उस राज्य के कानून के अनुसार कर लगाया जाएगा, जिस राज्य में वह उद्भूत होता है, परन्तु यदि प्राप्तकर्ता व्याज का हितभागी स्वामी है, तो इस प्रकार लगाया गया कर व्याज की सकल रकम के 10 प्रतिशत से अधिक नहीं होगा ।
3. पैराग्राफ 1 और 2 के उपबंधों के होते हुए भी :
  - क। जर्मन संघीय गणराज्य में अर्जित होने वाले और भारत गणराज्य की सरकार, भारतीय रिजर्व बैंक, भारतीय औद्योगिक वित्त निगम, भारतीय औद्योगिक विकास बैंक और भारतीय निर्यात-आयात बैंक, राष्ट्रीय आवास बैंक और भारतीय लघु औद्योगिक विकास बैंक को दिये गये व्याज पर जर्मन कर से छूट होगी ;
  - ख। भारत गणराज्य में अर्जित होने वाले और जर्मन संघीय गणराज्य की सरकार, डीयूछ बुन्नेस बैंक, क्रेडिटान्स्टाटफ्युर आउफ़वाड डीयूछ इन्वेस्टीशन्स उंड पंत विक्लुंगसगेत्सशाफ्ट डी.ई.जी. को दिया गया व्याज और हेरमेस डेकुंग द्रग दी गई गारन्टी वाले किसी ऋण के प्रतिफल में दिये गए व्याज पर भारतीय कर से छूट होगी ।
4. इस अनुच्छेद में यथा-प्रस्तुत "न्याय" शब्द से अभिप्रेत है - प्रत्येक प्रकार के ऋण संबंधी बावों से प्राप्त आय, चाहे वे बंधक द्रव प्रप्य हों अथवा नहीं हों और चाहे उन्हें ऋण-दाता के तर्कों में भागीदारी का कोई अधिकार प्राप्त हो अथवा नहीं हो और विशेष रूप से सरकारी प्रतिभूतियों से प्राप्त आय और बंध-पत्रों अथवा ऋण-पत्रों से प्राप्त आय, जिसमें ऐसी प्रतिभूतियों, बंधपत्रों अथवा ऋण-पत्रों से संबंधित प्रिमियम और पुरस्कार शामिल हों । वित्तम्व अदायगी के लिए जुर्मानों को इस अनुच्छेद के प्रयोजन के लिए व्याज के रूप में नहीं माना जाएगा ।
5. पैराग्राफ 1, 2 और 3 के उपबंध उस स्थिति में लागू नहीं होंगे यदि व्याज का हितभागी स्वामी, संधिदाकारी राज्य का निवासी होने से दूसरे संधिदाकारी राज्य में जिसमें व्याज उत्पन्न हुआ हो, उसमें स्थित किसी स्थायी संस्थापन के माध्यम से कायेंबार करता हो अथवा उस दूसरे राज्य में, उसमें स्थित किसी निश्चित स्थान से स्वतंत्र वैयक्तिक रोखपें प्रदान करता हो और जिस ऋण-दाने के बारे में व्याज अदा किया गया हो वह इस प्रकार के स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान से प्रमाथी रूप से सम्बद्ध हो । ऐसे मामले में अनुच्छेद 7 अथवा 14 के उपबंध, यथा स्थिति लागू होंगे ।

6. न्याज किसी सौविदाकारी राज्य में उद्भूत हुआ तभी माना जाएगा, जब न्याज देने वाला सौविदाकारी राज्य उसका प्रदेश, उस राज्य का कोई एनकीय उप-प्रभाग, कोई स्थानीय प्रधिकरण अथवा कोई निवारी हो। किन्तु जहां न्याज अदा करने वाले व्यक्ति का, चाहे वह किसी सौविदाकारी राज्य का निवारी हो अथवा नहीं, सौविदाकारी राज्य में एक स्थायी संस्थापन अथवा एक निश्चित स्थान है, जिसके संबंध में वह ऋण लिया गया था, जिस पर न्याज की अदायगी की जाती है और इस प्रकार का न्याज इस प्रकार के स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान द्वारा वहन किया जाता है तो इस प्रकार का न्याज उस राज्य में उद्भूत हुआ माना जाएगा जिसमें वह स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान स्थित है।

7. जहां न्याज अदाकर्ता तथा ऋतमागी स्वामी के बीच अथवा उन दोनों और किसी अन्य व्यक्ति के बीच एक विशेष संबंध होने के कारण अदा की गई न्याज की रकम, उस ऋण दावे को ध्यान में रखते हुए, जिसके लिए न्याज की रकम अदा की गई है, उस रकम से अधिक है, जो ऐसा विशेष संबंध नहीं होने की स्थिति में अदाकर्ता और ऋतमागी स्वामी के बीच सहमति हो गई होती, वहां इस अनुच्छेद के उपबंध केवल अंतिम उल्लिखित रकम पर लागू होंगे। ऐसे मामले में, अदायगी के अतिरिक्त भाग पर, इस कथर के अन्य उपबंधों का सम्यक अनुषलन करते हुए, प्रत्येक सौविदाकारी राज्य के कानूनों के अनुसार कर लगाया जाएगा।



अनुच्छेद - 12

रायल्टियां और तकनीकी सेवाओं के लिए फीस

1. एक सविदाकारी राज्य में उद्भूत होने वाली और दूसरे सविदाकारी राज्य के किसी निवासी को अदा की गई रायल्टियों और तकनीकी सेवाओं के लिए फीस पर उस दूसरे राज्य में कर लगाया जा सकेगा ।
2. तथापि, इस प्रकार की रायल्टियों और तकनीकी सेवाओं के लिए फीस पर उस सविदाकारी राज्य में भी जिसमें वे उद्भूत हुई हों और उस राज्य के कानूनों के अनुसार कर लगाया जा सकेगा। लेकिन यदि प्रदाता रायल्टियों का हितभागी स्वामी है तो इस प्रकार लगाया गया कर, रायल्टियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए फीस की सकल रकम के 10 प्रतिशत से अधिक नहीं होगा ।
3. इस अनुच्छेद में यथा-प्रयुक्त रायल्टी शब्द से साहित्यिक, कलात्मक या वैज्ञानिक कृतियों के किसी भी कॉपीराइट के प्रयोग के लिए अथवा प्रयोगाधिकार के लिए जिनमें सिनेमा-फिल्में, टेलीविजन के संबंध में उपयोग में आने वाली फिल्में अथवा वीडियो टेपें अथवा रेडियो प्रसारण के संबंध में इस्तेमाल के लिए टेपें भी शामिल हैं, कोई पेटेंट, ट्रेड मार्क डिजाइन अथवा मॉडल, प्लॉन, गुप्त फार्मूला अथवा प्रक्रिया औद्योगिक वाणिज्यिक उपकरणों के लिए औद्योगिक वाणिज्यिक अथवा वैज्ञानिक अनुभव से संबंधित जानकारी के लिए प्रतिफल के रूप में प्राप्त किसी भी प्रकार की अदायगी अभिप्रेत है ।
4. इस अनुच्छेद में यथा-प्रयुक्त "तकनीकी सेवाओं के लिए फीस" पद में प्रबंधकीय, तकनीकी अथवा परामर्श-दात्री सेवाओं के लिए, जिनमें तकनीकी अथवा अन्य कार्मिकों की सेवाओं की व्यवस्था भी शामिल है, प्रतिफल के रूप में किसी रकम की अदायगियां अभिप्रेत हैं लेकिन उसमें इस कठोर के अनुच्छेद 15 में उल्लिखित सेवाओं के लिए अदायगियां शामिल नहीं हैं ।
5. पैराग्राफ 1 और 2 के उपबंध उस स्थिति में लागू नहीं होंगे यदि रायल्टियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए शुल्कों का हितभागी स्वामी, जो एक सविदाकारी राज्य का निवासी है और दूसरे सविदाकारी राज्य, जिसमें रायल्टियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए शुल्क उद्भूत होते हैं, वहां पर स्थित किसी स्थायी संस्थापन के माध्यम से कारोबार करता है अथवा उस दूसरे राज्य में वहां पर स्थित किसी निश्चित स्थान से स्वतंत्र वैयक्तिक सेवाएं करता है तथा जिस अधिकार, सम्पत्ति अथवा सविदा के संबंध में रायल्टियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए शुल्क अदा किए जाते हैं, ऐसे स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान के साथ प्रभावी रूप से संबंधित है । ऐसे मामले में यथा-स्थिति अनुच्छेद 7 अथवा अनुच्छेद 14 के उपबंध लागू होंगे ।

6. फ़ सविदाकारी राज्य में रायटियों और तकनीकी सेवाओं के लिए फीस तब उद्भूत हुई मानी जाएगी, जब रायटियां और फीस अदा करने वाला स्वयं वह कोई प्रदेश अथवा उसका कोई राजनैतिक उप-प्रभाग, उसका कोई स्थानीय प्रशासन या उस राज्य का कोई निवासी हो। तथापि, जहां रायटियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए फीस अदा करने वाले व्यक्ति का चाहे वह किसी सविदाकारी राज्य का निवासी हो अथवा नहीं, फ़ सविदाकारी राज्य में ऐसा कोई स्थायी संस्थापन अथवा कोई निश्चित स्थान हो, जिसके संबंध में रायटियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए फीस अदा करने का वचन दिया गया हो और ऐसी रायटियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए फीस उस स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान द्वारा वहन की जाती हो, तब ऐसी रायटियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए फीस उस सविदाकारी राज्य में उद्भूत हुई मानी जाएगी जिसमें वह स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान स्थित है।

7. जहां अदाकर्ता और हितभागी स्वामी के बीच अथवा उन दोनों और किसी अन्य व्यक्ति के बीच किसी विशेष प्रकार का संबंध होने के कारण प्रदत्त रायटियों अथवा तकनीकी सेवाओं के लिए फीस की रकम उस रकम से बढ़ जाती है, जितनी रकम के बारे में ऐसा संबंध न होने की स्थिति में अदा की होती, वहां इस अनुच्छेद के उपबंध केवल अन्तिम उल्लिखित रकम पर लागू होंगे। ऐसे मामले में इस कथन के अन्य उपबंधों का सम्यक अनुपालन करते हुए अदायोगियों का अतिरिक्त भाग प्रत्येक सविदाकारी राज्य के कानूनों के अनुसार कथ्य होगा।

अनुच्छेद - 13

पुनीगत अभिलेख

1. एक संविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा दूसरे संविदाकारी राज्य में स्थित अचल सम्पत्ति के अन्तरण से प्राप्त अभिलेखों पर उस दूसरे राज्य में कर लगाया जा सकेगा ।
2. ऐसी चल सम्पत्ति के अन्तरण से होने वाले अभिलेखों पर, जो एक संविदाकारी राज्य के किसी उद्यम के दूसरे संविदाकारी राज्य में स्थित किसी स्थायी संस्थापन की काबेजार सम्पत्ति का एक हिस्सा है अथवा किसी निश्चित स्थान से संबंधित ऐसी चल-सम्पत्ति के अन्तरण से होने वाले अभिलेखों पर, जो सम्पत्ति एक संविदाकारी राज्य के किसी निवासी को दूसरे संविदाकारी राज्य में स्वतंत्र वैयक्तिक सेवाओं के प्रयोजनार्थ उपलब्ध है, जिसमें किसी ऐसे स्थायी संस्थापन {अर्थात् अथवा पूर्ण उद्यम के साथ} अथवा ऐसे निश्चित स्थान के अंतरण से होने वाले अभिलेख भी शामिल हैं, उस दूसरे राज्य में कर लग सकेगा ।
3. अन्तरराष्ट्रीय यातायात में चलाए जाने वाले जलयानों अथवा वायुयानों अथवा इस प्रकार के जलयानों अथवा वायुयानों के परिचालन से संबंधित चल-सम्पत्ति के अंतरण से प्राप्त अभिलेखों पर केवल उस संविदाकारी राज्य में कर लगाया जा सकेगा जिसमें उद्यम के प्रभावी प्रबंध का स्थान स्थित है ।
4. किसी ऐसी कंपनी के शेयरों के अंतरण से प्राप्त अभिलेखों पर, जो एक संविदाकारी राज्य की निवासी है, उस राज्य में कर लगाया जा सकेगा ।
5. पैराग्राफ 1 से 4 तक में उल्लिखित सम्पत्ति से भिन्न, किसी भी सम्पत्ति के अंतरण से प्राप्त अभिलेखों पर केवल उसी संविदाकारी राज्य में कर लगाया जा सकेगा जिसका अंतरणकर्ता निवासी है।

अनुच्छेद - 14

स्वतंत्र वैयक्तिक सेवाएं

1. एक सविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा व्यावसायिक सेवाओं अथवा स्वतंत्र स्वरूप वाले इसी प्रकार के अन्य कार्यकलापों से प्राप्त आय, निम्नलिखित परिस्थितियों को छोड़कर, जिनमें जब ऐसी आय पर दूसरे सविदाकारी राज्य में भी कर लगाया जा सकेगा, केवल उस राज्य में कर देया होगा :
- ।क। यदि उसे अपने कार्यकलापों के निष्पन्न के प्रयोजनार्थ दूसरे सविदाकारी राज्य में एक निश्चित स्थान नियमित रूप से उपलब्ध है, तो उस मामले में, उस दूसरे राज्य में केवल उतनी आय पर कर लगाया जा सकेगा, जो उस निश्चित स्थान के कारण उद्भूत हुई मानी जा सकती है ; अथवा
- ।ख। यदि दूसरे सविदाकारी राज्य में उसके ठहरने की अवधि अथवा अवधियां संगत वित्तीय वर्ष में कुल मिलाकर 120 दिनों अथवा उससे अधिक हों, तो उस मामले में आय के केवल उतने ही भाग पर, उस दूसरे राज्य में कर लगाया जा सकेगा, जो उस दूसरे राज्य में उसके द्वारा निष्पन्न कार्यकलापों से प्राप्त होती हो ।
2. "व्यावसायिक सेवाएं" पद में स्वतंत्र वैज्ञानिक, सांख्यिक, कलात्मक, शैक्षिक अथवा अध्यापन संबंधी कार्यकलाप तथा चिकित्सकों, शल्य-चिकित्सकों, वर्कलॉ, इंजीनियरों, वास्तुविदों, दंत-चिकित्सकों तथा लेखाकारों के स्वतंत्र कार्यकलाप भी शामिल हैं ।

अनुच्छेद - 15

परिवर्तित वैयक्तिक सेवाएं

1. अनुच्छेद 16, 18, 19 और 20 के उपबंधों के अधीन रहते हुए, किसी सविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा किसी नियोजन के संबंध में प्राप्त वेतनों, मजदूरियों और इस प्रकार के अन्य परिश्रमिक पर केवल दूसरे सविदाकारी राज्य में कर लगेगा, यदि नियोजन उस राज्य में किया गया है।
2. पैराग्राफ 1 के उपबंधों के छोटे हुए भी, एक सविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा दूसरे सविदाकारी राज्य में किए गए किसी नियोजन के संबंध में प्राप्त परिश्रमिक पर केवल प्रयोजित राज्य में ही कर लगाया जा सकेगा, यदि :
  - ।क। प्राप्तकर्ता संबंधित वित्तीय वर्ष में, ऐसी अवधि अथवा अवधियों के लिए दूसरे राज्य में रहा है जो कुल मिलाकर 183 दिनों से अधिक नहीं है ; और
  - ।ख। परिश्रमिक ऐसे नियोजक द्वारा अथवा उसकी ओर से चुकाया गया है जो दूसरे राज्य का निवासी नहीं है ; और
  - ।ग। परिश्रमिक किसी ऐसे स्थायी संस्थापन अथवा निश्चित स्थान, जो नियोजन का दूसरे राज्य में हो, द्वारा चढ़न नहीं किया जाता है।
3. इस अनुच्छेद के पूर्ववर्ती उपबंधों के छोटे हुए भी अन्तरराष्ट्रीय यातायात में परिचालित जलयान अथवा वायुयान पर किए गए नियोजन के संबंध में प्राप्त परिश्रमिक पर उस सविदाकारी राज्य में कर लग सकेगा जिसका कि जलयान अथवा वायुयान का संचालन करने वाला उद्यम निवासी है।

अनुच्छेद - 16

निदेशकों की फीस

निदेशकों की फीस तथा इसी तरह की अदायगियाँ जो किसी संविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा किसी कंपनी, जो अन्य संविदाकारी राज्य की निवासी है, के निदेशक मंडल के सदस्य की हैसियत से प्राप्त की गई हों, उन पर उस दूसरे राज्य में कर लगेगा ।

अनुच्छेद - 17

कलाकार और सिलाड़ी

1. अनुच्छेद 7, 14 और 15 के उपबंधों के होते हुए भी, एक संविदाकारी राज्य के किसी निवासी द्वारा मनोरंजनकर्ता, जैसे कि कोई थियेटर, चलचित्र, रेडियो या दूरदर्शन कलाकार या किसी संगीतकार अथवा किसी सिलाड़ी के रूप में दूसरे संविदाकारी राज्य में किए गए इस प्रकार के अपने वैयक्तिक कार्यकलापों से प्राप्त आय पर उस दूसरे राज्य में कर लगाया जा सकेगा ।
2. जहां किसी मनोरंजनकर्ता अथवा किसी सिलाड़ी द्वारा अपनी इस प्रकार की हैसियत में किए गए वैयक्तिक कार्यकलापों के संबंध में प्राप्त आय स्वयं मनोरंजनकर्ता या सिलाड़ी को प्राप्त नहीं हो अथवा किसी अन्य व्यक्ति की प्राप्त हो, वहां उस आय पर अनुच्छेद 7, 14 और 15 के उपबंधों के होते हुए भी, उस संविदाकारी राज्य में कर लगाया जा सकेगा, जिसमें मनोरंजनकर्ता अथवा सिलाड़ी के कार्यकलाप किए जाते हैं ।
3. तथापि, ऐसी आय पर पैराग्राफ 1 में उल्लिखित राज्य में कर नहीं लगेगा यदि उक्त कार्यकलाप दूसरे संविदाकारी राज्य के निवासी द्वारा उस राज्य के दौरे के दौरान किए जाते हैं और जहां ऐसे दौरे उस दूसरे राज्य, उसके किसी प्रदेश, किसी राजनैतिक उप-प्रभाग अथवा स्थानीय प्राधिकरण द्वारा प्रत्यक्षतः अथवा अप्रत्यक्षतः समर्थित होते हैं अथवा किसी ऐसे संगठन द्वारा समर्थित होते हैं जो उस दूसरे राज्य में एक धर्मार्थ संगठन के रूप में मान्यता प्राप्त है ।

अनुच्छेद - 18

गैर-सम्पत्ति पैशन

अनुच्छेद 19 के उपबंधों के अधीन, किसी संविदाकारी राज्य के किसी निवासी को स्थली सेवाओं के लिए प्रतिफल के रूप में जदा की गई पैशन और इसी प्रकार के परिश्रमिक पर केवल उस राज्य में कर लगेगा ।



अनुच्छेद - 19

संस्कृत सेवा

1. §क§ किसी संविदाकारी राज्य, उसके किसी प्रदेश, किसी राजनैतिक उप-प्रभाग अथवा किसी स्थानीय प्राधिकरण द्वारा किसी व्यक्ति को उस राज्य अथवा उसके प्रदेश, उप-प्रभाग अथवा प्राधिकरण के लिए की गई सेवाओं के संबंध में अदा की गयी पेंशन से भिन्न परिश्रमिक पर केवल उसी राज्य में ही कर लग सकेगा ।
- §स§ तथापि, ऐसे परिश्रमिक पर केवल दूसरे संविदाकारी राज्य में तमी कर लग सकेगा, यदि सेवाएं उस दूसरे राज्य में की जाती हैं और व्यक्ति उस राज्य का निवासी है, जो :
- §i§ उस राज्य का राष्ट्रिक है ; अथवा
- §ii§ मात्र सेवाएं पेश करने के प्रयोजन से उस राज्य का निवासी नहीं बना हो ।
2. §क§ किसी संविदाकारी राज्य, उसके किसी प्रदेश, किसी राजनैतिक उप-प्रभाग अथवा किसी स्थानीय प्राधिकरण द्वारा किसी व्यक्ति को उस राज्य, उसके प्रदेश, उप-प्रभाग अथवा प्राधिकरण के लिए की गई सेवाओं के संबंध में अदा की गई पेंशन पर केवल उसी राज्य में ही कर लग सकेगा ।
- §स§ तथापि, ऐसी पेंशन पर केवल दूसरे संविदाकारी राज्य में तमी कर लग सकेगा, यदि व्यक्ति उस अन्य राज्य का निवासी और एक राष्ट्रिक हो ।
3. अनुच्छेद 15, 16 और 18 के उपबंध किसी संविदाकारी राज्य अथवा उसके किसी प्रदेश, किसी राजनैतिक उप-प्रभाग अथवा किसी स्थानीय प्राधिकरण द्वारा चलाए गए किसी कारखाने के सिलसिले में प्रदान की गयी सेवाओं के संबंध में प्राप्त परिश्रमिक तथा पेंशन पर लागू होंगे ।
4. इसी प्रकार, पैराग्राफ 1 के उपबंध किसी संविदाकारी राज्य, उसके किसी प्रदेश, किसी राजनैतिक उप-प्रभाग अथवा स्थानीय प्राधिकरण के विकास सहायक कार्यक्रम के अंतर्गत उस राज्य, प्रदेश, राजनैतिक उप-प्रभाग अथवा स्थानीय प्राधिकरण द्वारा अनन्य रूप से प्रदान की गई निधि में से उस दूसरे राज्य की सहमति से किसी विशेषज्ञ अथवा दूसरे संविदाकारी राज्य के लिए समर्पित स्वयं-सेवक को अदा किए गए परिश्रमिक के संबंध में भी लागू होंगे ।

अनुच्छेद - 20

अध्यापक, विद्यार्थी और प्रशिक्षार्थी

1. कोई व्यक्ति जो उस राज्य अथवा उस राज्य के किसी विश्वविद्यालय, महाविद्यालय, विद्यालय, संग्रहालय अथवा अन्य सांस्कृतिक संस्था के निर्मंत्रण पर अथवा सांस्कृतिक आदान-प्रदान के किसी सरकारी कार्यक्रम के अंतर्गत ऐसी संस्था में अध्यापन, व्याख्यापन अथवा अनुसंधान करने के प्रयोजन के लिए मात्र दो वर्षों से अनधिक अवधि के लिए किसी सविदाकारी राज्य में जाता है और जो उस दोरे से तुरन्त पूर्व दूसरे सविदाकारी राज्य का निवासी है अथवा था, उसके आगमन की तारीख से प्रथम वर्ष की अवधि के दौरान ऐसे कार्यकलाप के लिए उसके परिश्रमिक पर प्रयोजित राज्य में कर से छूट दी जाएगी और अगले वर्ष में केवल उस राज्य के बाहर से उसे प्राप्त हुए परिश्रमिक के संबंध में ही छूट दी जाएगी ।

2. जो व्यक्ति एक सविदाकारी राज्य में अनन्यतः रहता है :-

- §क§ उस सविदाकारी राज्य के किसी विश्वविद्यालय अथवा विद्यालय में विद्यार्थी के रूप में ;
- §ख§ व्यावसायिक प्रशिक्षु के रूप में § इसमें जर्मन संघीय गणराज्य के मामले में "वेजेन्टेयर" अथवा कोई "प्रविक्रान्ट" भी शामिल है § ;
- §ग§ अध्ययन अथवा अनुसंधान के मूलतः प्रयोजन के लिए किसी धार्मिक, धर्मार्थ, वैज्ञानिक अथवा शैक्षणिक संगठन के अनुदान, भत्ता अथवा पुरस्कार पाने वाले के रूप में ; अथवा
- §घ§ उस सविदाकारी राज्य की सरकार द्वारा प्रकृत किसी तकनीकी सहकारिता कार्यक्रम के सदस्य के रूप में ;

और जो उस राज्य में जाने से तुरन्त पूर्व दूसरे सविदाकारी राज्य का निवासी है अथवा निवासी था, उसे प्रयोजित सविदाकारी राज्य में निम्नलिखित के संबंध में कर से छूट प्राप्त होगी :

- §i§ उसके भरण-पोषण, शिक्षा अथवा प्रशिक्षण के प्रयोजन के लिए विदेश से प्रेषित रकमों के संबंध में ; और
- §ii§ उस दूसरे राज्य में नियोजन से प्राप्त परिश्रमिक के संबंध में जो किसी वित्तीय वर्ष में डी पम 7,200 (सात हजार दो सौ) से अनधिक रकम नहीं हो अथवा भारतीय मुद्रा में इसके समकक्ष हो, यथा स्थिति बशर्त कि ऐसा नियोजन सीधे उसके अध्ययन से संबंधित है अथवा उसके भरण-पोषण के प्रयोजन के लिए किया गया है ।

अनुच्छेद - 21

अन्य ऋय

1. फर सविदाकारी राज्य के किसी निवासी की आय की ऐसी मर्दे, जहां- कहीं वे उद्भूत होती हों, जिन पर इस करार के पूर्वोक्त अनुच्छेदों में विचार नहीं किया गया है, केवल उस राज्य में करणये होंगी ।
2. पैराग्राफ 1 के उपबंध अचल सम्पत्ति से प्राप्त आय से भिन्न आय पर लागू नहीं होंगे, यदि ऐसी आय का प्राप्तकर्ता फर सविदाकारी राज्य का निवासी होने के नाते दूसरे सविदाकारी राज्य में वहां स्थित किसी स्थायी संस्थापन के माध्यम से कारेबार करता है अथवा उस दूसरे सविदाकारी राज्य में वहां स्थित किसी निरिचत स्थान से स्वतंत्र वैयक्तिक सेवाएं निष्पादित करता है तथा ऐसा अधिकार अथवा सम्पत्ति जिसके संबंध में ऐसी आय अदा की जाती है, ऐसे स्थायी संस्थापन अथवा निरिचत स्थान से प्रमाथी रूप से सम्बद्ध है । ऐसे मामले में अनुच्छेद 7 अथवा अनुच्छेद 14 के उपबंध यथा स्थिति लागू होंगे ।
3. पैराग्राफ 1 के उपबंधों के छोले हुए भी, यदि किसी सविदाकारी राज्य का कोई निवासी दूसरे सविदाकारी राज्य में स्थित स्रोतों से लाटीरियों, वर्ग पहेलियों, घुड़दौड़ सौहत दूसरी दौड़ों, ताश और किसी प्रकार के अन्य खेलों अथवा जुआ अथवा किसी भी स्वरूप का शर्तों के संबंध में आय प्राप्त करता है, तो ऐसी आय पर दूसरे सविदाकारी राज्य में कर लग सकेगा ।

अनुच्छेद - 22

पुंजी

1. किसी संविदाकारी राज्य के निवासी द्वारा स्वामित्वाधीन और दूसरे संविदाकारी राज्य में स्थित अचल संपत्ति वाली पुंजी पर उस दूसरे राज्य में कर लगेगा ।
2. किसी स्थायी संस्थापन की कारोबार संपत्ति का हिस्सा बनने वाली चल संपत्ति के रूप में निरूपित पुंजी जो किसी एक संविदाकारी राज्य के किसी उद्यम द्वारा दूसरे संविदाकारी राज्य में लगाई गई हो, अथवा ऐसी चल संपत्ति जो एक संविदाकारी राज्य के किसी निवासी की ऐसी अचल संपत्ति से संबंधित हो जो दूसरे संविदाकारी राज्य में है और जिसका प्रयोग उसके स्वतंत्र वैयक्तिक सेवाओं के निष्पन्न के लिए किया जाता है, उस पर दूसरे संविदाकारी राज्य में कर लगेगा ।
3. अन्तरराष्ट्रीय यातायात में परिचालित, जलयानों और वायुयानों तथा ऐसे जलयानों अथवा वायुयानों के परिचालन से संबंधित चल संपत्ति को निरूपित करने वाली पुंजी पर केवल उस संविदाकारी राज्य में कर लगेगा जिसमें उद्यम का प्रभावी प्रबंध का स्थान स्थित है ।
4. किसी संविदाकारी राज्य के किसी निवासी की पुंजी के अन्य सभी हिस्सों पर केवल उस राज्य में ही कर लगेगा ।

अनुच्छेद - 23

दोड़रे करयान से ररुत

1. जर्मन संथीय गणरुजुत के कुरसी नरवरसी के ढरडले डें कर नरडुन ढुररर से नरररररर कुररुत ढररुत ढररुत :-

§क§ उड-डेररुगुररुड §ख§ के अंतुगत ढड तड कुर वरदेश कर केडरड की अनुडरत नररुी डी ढरतुी, डररत गणरुजुत डें उडडूत डेने वरतुी अरुड की कुई डड अरर डररत गणरुजुत डें स्थरत डूनी की कुरसी डड कु डरुडन कर से डूट डी ढररुतुी, डुरस डर इस कररर के अनुसर डररत डें कर लग सकेगुर । तथरडुड, जरुडन संथीय गणरुजुत इस ढुरररर की अरुड अरर डूनी की डरुी डर कर की डर के नरररररुड करने कुर अडरकर डनरड ररतुर डे । तडरररुड के डरडले डें डूट केवल डेसे तडरररुड डर डी तलगू डुगी डेसी कुर कुरसी कडुडनी कु डररत गणरुजुत के कुरसी नरवरसी के नरते कुरसी कडुडनी डरु जरुडन संथीय गणरुजुत के नरवरसी डेने के नरते §डुरसडें डरगीडररु डरडरल नररुी§ उस डूनी कुर डड से डड 10 डुरडरशत अडर करतुी डे डु जरुडन कडुडनी डरु डुरडुडतः डरररर डुतुी डे । डेसे शेडरुं डर डूनी डर लगरड गड कर डर डूट डी ढररुतुी डुरसके तडरररुड डर कर नररुी लगरडर डरतु । अथव डरड कर डररुड डरतु डे तु डुरुवकुत वरडुड के अनुसर उसडें डूट डी ढररुतुी ।

§ख§ वरदेश कर के लरड केडरड के वररे डें जरुडन कर कुरनुन के उडडुंधी के अडुडरुडन डररत गणरुजुत डें उडडूत डेने वरतुी अरुड अरर उसडें स्थरत डूनी की नरडुनलरररत डरुी के संडुंध डें डेड जरुडन कर के डुररत केडरड के रुड डें अनुडरत डी ढररुतुी अरर डररत के कुरनुनरुं के अंतुगत अरर इस कररर के अनुसर नरडुनलरररररत डर डररतुी कर अडर कुररुडर डे :

§i§ तडरररुड, डुरन डर उड-डेररुगुररुड §क§ डें वरडरर नररुी कुररुड डररुड डे ;

§ii§ नुडन ;

§iii§ ररुडरररुडरुड अरर तडकनीकी सेवररुड के लरड डुरस ;

§iv§ अनुच्छेड 13 के डेररुगुररुड 4 के अरुी डें अरुड ;

§v§ नरदेशकुं की डुरस ;

§vi§ कलरकररुं अरर लरलरडरुडरुड की अरुड ;

§ ग § उप-पैराग्राफ § स § के वर्ष § iii § में उल्लिखित क्रेडिट के प्रयोजन के लिए भारतीय कर व्याज की सकल रकम का 10 प्रतिशत माना जाएगा, यदि वास्तव में अदा किए गए कर की रकम पर ध्यान दिए बिना भारतीय कर को घरेलू कानून के अनुसार किसी न्यूनतर दर तक घटया जाता है अथवा पूर्वतः समाप्त कर दिया जाता है;

§ घ § उप-पैराग्राफ § ग § के उपबंध प्रथम 12 वर्षों के लिए लागू होंगे जिसके लिए यह कतर प्रभावी है ;

§ ड . § उप-पैराग्राफ § क § के उपबंधों के रहते हुए भी, अनुच्छेद 7 और 10 में विचार की गई आय की मदों और किसी स्थायी संस्थापन की कारोबार सम्पत्ति के अंतरण से प्राप्त अभिलक्ष्यों के साथ ही साथ ऐसी आय की अन्तर्निहित पूंजी की मदों को जर्मन कर से तभी छूट दी जाएगी यदि जर्मन संघीय गणराज्य का निवासी यह सिद्ध कर सकता हो कि स्थायी संस्थापन अथवा कंपनी की प्राप्तियां मात्र अथवा प्रयः मात्र सक्रिय संचालनों से प्राप्त होती हैं ।

अनुच्छेद 10 में विचार की गई आय की मदों और ऐसी आय की अंतर्निहित पूंजी की मदों के बारे में भी छूट लागू होगी भले ही लक्षांश भारतीय नागरिक होने के नाते उन दूसरी कंपनियों की सम्पत्तियों से प्राप्त होते हों जो सक्रिय संचालन करती हैं और जिसमें वह कंपनी, जिसने अंत में वितरण किया है, 25 प्रतिशत से अधिक की धारक है ।

सक्रिय संचालन निम्नलिखित हैं : भारत गणराज्य के भीतर मूल अथवा फय-वस्तुओं का उत्पादन अथवा विक्रय, तकनीकी सलाह देना अथवा इंजीनियरिंग संबंधी सेवाएं देना अथवा बैंकिंग कार्य अथवा बीमा कारोबार करना ।

यदि यह प्रमाणित नहीं होता है, तो केवल उप-पैराग्राफ § स § के अनुसार क्रेडिट प्रक्रिया लागू होगी ।

2. भारत गणराज्य के किसी निवासी के मामले में कर निम्न प्रकार से निर्धारित किया जाएगा: जहां भारत का कोई निवासी ऐसी आय प्राप्त करता है अथवा पूंजी रखता है, जिस पर इस कतर के उपबंधों के अनुसार, जर्मन संघीय गणराज्य में कर लगेगा, वहां भारत चाहे प्रत्यक्ष रूप से अथवा कटौती के द्वारा उस निवासी की ऐसी आय पर जर्मन संघीय गणराज्य में अदा की गई आयकर की रकम के बराबर की रकम पर और उस निवासी का ऐसी पूंजी पर जर्मन संघीय गणराज्य

में अदा की गई फ़ैरी पर कर की रकम के बराबर कर से कटौती के रूप में अनुमति देगा। तथापि, दोनों ही मामलों में, ऐसी कटौती की रकम आयकर अथवा फ़ैरी कर कटौती दिए जाने से पूर्व यथा-संगणित। यथा-स्थिति के उस भाग से अधिक नहीं होगी जो कि आय अथवा फ़ैरी के कारण हो, जिस पर जर्मन संघीय गणराज्य में कर लगाया जा सकता है।

3. दोनों सौविदाकारी राज्यों में लागू कानून संबंधित सौविदाकारी राज्यों में आय और फ़ैरी के करधान को शामिल करने के संबंध में जारी रहेंगे तिसवाय उसके, जहां इसके प्रतिकूल सुस्पष्ट उपबंध इस करार में किए गए हैं।

अनुच्छेद - 24

सम-व्यवहार

1. फ़ संविदाकारी राज्य के राष्ट्रक पर दूसरे संविदाकारी राज्य में ऐसे किसी करघान अथवा तत्संबंधी अपेक्षाओं को लागू नहीं किया जाएगा जो उस दूसरे राज्य के राष्ट्रकों को वैसी ही परिस्थितियों में और वेसे ही उपबंधों के अधीन लगाए जाने वाले करघान एवं तत्संबंधी अपेक्षाओं से भिन्न एवं अपेक्षाकृत अधिक भारपूर्ण हों। यह उपबंध अनुच्छेद 1 के उपबंधों के होते हुए भी उन व्यक्तियों पर भी लागू होगा जो दोनों संविदाकारी राज्यों में से किसी फ़ अथवा दोनों के निवासी नहीं हैं।

2. फ़ संविदाकारी राज्य के किसी उद्यम के दूसरे संविदाकारी राज्य में स्थायी संस्थापन को, उस दूसरे राज्य में, ऐसा करघान लागू नहीं किया जाएगा जो उस दूसरे राज्य के उद्यमों में समरूप कार्यकलाप को करने के लिए लागू होने वाले करघान से अपेक्षाकृत कम अनुकूल हो। इस अनुच्छेद के उपबंधों का अर्थ यह नहीं लगाया जाएगा कि इससे दूसरे संविदाकारी राज्य को किसी कम्पनी के प्रथमोल्लिखित राज्य में स्थित किसी स्थायी संस्थापन के लाभों पर, कर की ऐसी दर लगाने से रोकना है, जोकि उस दर से अपेक्षाकृत अधिक है, जो प्रथमोल्लिखित संविदाकारी राज्य की उसी प्रकार की कम्पनी के लाभों पर लगाई जाती है, और न ही अनुच्छेद 7 के पैराग्राफ 3 के उपबंधों के प्रतिकूल हो।

इसके अलावा इस उपबंध का यह अर्थ नहीं लगाया जाएगा कि फ़ संविदाकारी राज्य के लिए यह बाध्यकारी है कि वह दूसरे संविदाकारी राज्य के निवासियों को करघान के प्रयोजनों के लिए वही व्यक्तिगत फ़ूटे, राहतें और घटौतियां प्रदान करे जो कि वह केवल अपने निवासियों को प्रदान करता है।

3. ऐसे मामलों को छोड़कर जहां पर अनुच्छेद 9, अनुच्छेद 11 के पैराग्राफ 7 अथवा अनुच्छेद 12 के पैराग्राफ 7 के उपबंध लागू होते हैं, फ़ संविदाकारी राज्य के किसी उद्यम द्वारा दूसरे संविदाकारी राज्य के किसी निवासी को अदा किया गया ब्याज, रायट्टियां और अन्य वितरण, ऐसे उद्यम के कर लगने योग्य लाभों का निर्धारण करने के प्रयोजनार्थ उन्हीं शर्तों के अधीन कटौती पने योग्य होंगे, जैसे कि वे प्रथमोल्लिखित राज्य के निवासी को अदा किए गए थे। इसी प्रकार फ़ संविदाकारी राज्य के किसी उद्यम के दूसरे संविदाकारी राज्य के किसी निवासी को दिए गए कोई भी रूप ऐसे उद्यम की कर लगने योग्य पूंजी के निर्धारण के प्रयोजन के लिए उन्हीं शर्तों के अधीन कटौती पने योग्य होंगे, जैसे कि प्रथमोल्लिखित राज्य के निवासी को अनुबंधित किए गए थे।



4. फर सविदाकारी राज्य के उद्यमों पर जिनकी पूनी पूर्णतः अथवा अंशतः दूसरे सविदाकारी राज्य के फर अथवा फर से अधिक निवासियों के प्रत्यक्षतः अथवा अप्रत्यक्षतः स्वामित्व अथवा नियंत्रण में है, प्रथमोल्लिखित राज्य में कोई ऐसा करघान अथवा तत्संबंधी कोई अपेक्षा लागू नहीं की जास्गी जो उस करघान और तत्संबंधी अपेक्षाओं से भिन्न अथवा अधिक भारपूर्ण हो, जो प्रथमोक्त राज्य के अन्य वैसे ही उद्यमों पर वैसे ही शर्तों के अधीन लागू है अथवा हो सकती है ।

अनुच्छेद - 25

परस्परिक करार कार्यविधि

1. जहां कोई व्यक्ति यह समझता है कि एक अथवा दोनों संविदाकारी राज्यों की कार्यवाहियों के कारण उस पर इस प्रकार का कर लगाया जा रहा है अथवा लगाया जाएगा जो कि इस करार के उपबंधों के अनुकूल नहीं है तो वह उन राज्यों के स्वदेशी कानूनों में उपचारों की व्यवस्था होने के बावजूद भी, उस संविदाकारी राज्य के सक्षम प्राधिकारी को अपना मामला प्रस्तुत कर सकता है, जिसका कि वह एक निवासी है अथवा यदि उसका मामला अनुच्छेद 24 के पैराग्राफ 1 के अंतर्गत आता है, तो वह अपना मामला उस राज्य के सक्षम प्राधिकारी को प्रस्तुत कर सकता है, जिसका कि वह एक राष्ट्रिक है। यह मामला उस कार्यवाही की प्रथम अधिसूचना के तीन वर्ष के भीतर प्रस्तुत किया जाना चाहिए जिसके कारण उस पर कर लग सकता है जो इस करार के उपबंधों के अनुकूल नहीं है।
2. यदि सक्षम प्राधिकारी को आपत्ति उचित लगे और यदि वह स्वयं किसी संतोषजनक हल पर पहुंचने में असमर्थ हो, वह ऐसे करारान के निवारण की दृष्टि से जो इस करार के अनुरूप नहीं है, दूसरे संविदाकारी राज्य के सक्षम प्राधिकारी के साथ सहमति द्वारा उस मामले को हल करने का प्रयास करेगा। किये गये किसी भी समझौते को कार्यान्वित किया जाएगा, चाहे संविदाकारी राज्यों के आन्तरिक कानूनों में कोई समय-सीमा क्यों न हो।
3. इस अभिसमय की व्याख्या करने अथवा इसे लागू करने में यदि कोई कठिनाइयां अथवा शंकाएं उत्पन्न हों, तो संविदाकारी राज्यों के सक्षम प्राधिकारी उन्हें परस्परिक समझौते से हल करने का प्रयास करेंगे। वे, उन मामलों में दोहरे करारान के अपकरण के तत्परास्पर विचार-विमर्श कर सकते हैं, जिनकी उस करार में व्यवस्था नहीं की गई है।
4. संविदाकारी राज्यों के सक्षम प्राधिकारी करों में छूट अथवा कटौती के संबंध में इस करार के उपबंधों को लागू करने के तत्परास्परिक सहमति द्वारा निर्धारित तरीके के निर्णय ले सकते हैं।
5. पूर्वोक्त पैराग्राफों के अर्थ में किसी समझौते पर पहुंचने के प्रयोजनार्थ संविदाकारी राज्यों के सक्षम प्राधिकारी एक दूसरे के साथ सीधे सम्पर्क स्थापित कर सकते हैं।

अनुच्छेद - 26

सूचना का आदान-प्रदान

1. संविदाकारी राज्यों के सक्षम प्रशासक ऐसी सूचना का आदान-प्रदान करेंगे जो इस करार के उद्देश्यों को कार्यान्वित करने के लिए आवश्यक है। किसी भी संविदाकारी राज्य के द्वारा प्राप्त की गई कोई भी सूचना उसी प्रकार गुप्त मानी जाएगी जिस प्रकार कि उस राज्य के कानूनों के अंतर्गत प्राप्त की गई सूचना समझी जाती है और इस सूचना को केवल ऐसे व्यक्तियों अथवा प्रशासकों {जिनमें न्यायालय और प्रशासनिक निकाय भी शामिल हैं} को प्रकट किया जाएगा जो उन कर्तव्यों का निर्वहन अथवा उनकी वसूली करने, उनके प्रवर्तन अथवा अभियोजन के संबंध में अथवा उनसे संबंधित अपिलों का निर्वहन करने से सम्बद्ध हों, जो करार के विषय हैं। ऐसे व्यक्ति अथवा प्रशासक सूचना का उपयोग केवल ऐसे प्रयोजनों के लिए ही कर सकेंगे। वे, सूचना को सार्वजनिक न्यायालय की कार्यवाहियों अथवा न्यायिक निर्णयों में प्रकट कर सकेंगे।

2. किसी भी स्थिति में, पैराग्राफ 1 के उद्देश्यों का अर्थ किसी संविदाकारी राज्य पर निम्नलिखित दायित्व डालना नहीं होगा :-

- {क} उस अथवा दूसरे संविदाकारी राज्य के कानूनों अथवा प्रशासनिक प्रथा से हटकर प्रशासनिक उपभूय करना ;
- {ख} ऐसी सूचना की सप्ताई करना जो उस अथवा दूसरे संविदाकारी राज्य के कानूनों के अंतर्गत अथवा प्रशासन की सामान्य स्थिति में प्राप्त नहीं है ;
- {ग} ऐसी सूचना की सप्ताई करना जिससे कोई व्यापारिक कारोबार, औद्योगिक, वाणिज्यिक अथवा व्यावसायिक गुप्त अथवा व्यापारिक प्रक्रिया अथवा सूचना प्रकट होती हो, जिसको प्रकट करना सार्वजनिक नीति {आर्डर पब्लिक} के प्रतिक्ल हो।

**अनुच्छेद - 27**

**रजनयिक और कांसुली विशेषाधिकार**

इस करार की किसी भी बात से अन्तरराष्ट्रीय कानून के सामान्य नियमों के अंतर्गत अथवा विशेष करारों के उपबंधों के अंतर्गत रजनयिक मिशन के सदस्यों अथवा कांसुली अधिकारियों अथवा किसी अन्तरराष्ट्रीय संगठन के वित्तीय विशेषाधिकारों पर कोई प्रभाव नहीं पड़ेगा ।

अनुच्छेद - 28

प्रवर्तन

1. संविदाकारी राज्यों को सरकारें एक-दूसरे को इस आशय की अधिसूचना भेजेंगी कि इस क़रार को लागू करने के लिए कानूनी अपेक्षाएं पूरी कर ली गई हैं ।

2. यह क़रार पैराग्राफ 1 में संदर्भित अधिसूचना के बाद में जारी किए गए पत्रों की तारीख के पश्चात लागू होगा और इस प्रकार प्रभावी होगा :

§ क § जर्मन संघीय गणराज्य में :

§ i § लगानों, व्याज, छूटियों और तकनीकी सेवाओं के लिए फीस पर छूट पर लागू गये करों के मामले में, जिस कैलेंडर वर्ष में यह क़रार लागू होता है, उसके बाद वाले वर्ष के जनवरी मास के प्रथम दिवस को अथवा बाद में अदा की गई छूटियों के संबंध में ;

§ ii § अन्य करों के मामले में, जिस कैलेंडर वर्ष में यह क़रार लागू होता है, उसके बाद वाले वर्ष के जनवरी मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात आरम्भ होने वाली अवधियों के लिए लागू गये करों के संबंध में ;

§ ख § भारत गणराज्य में :

§ i § जिस कैलेंडर वर्ष में यह क़रार लागू होता है उसके अनुवर्ती वर्ष के अप्रैल मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात आरम्भ होने वाले किसी वित्तीय वर्ष में उद्भूत होने वाली आय के संबंध में ;

§ ii § जिस कैलेंडर वर्ष में यह क़रार लागू होता है उसके अनुवर्ती वर्ष के अप्रैल मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात आरम्भ होने वाले किसी वित्तीय वर्ष के अंतिम दिवस को धारित भूमी के संबंध में ।

3. इस क़रार के लागू हो जाने पर, आय तथा भूमी पर दोहरे करधान के परिहार के लिए जर्मन संघीय गणराज्य तथा भारत सरकार के बीच दिनांक 18 मार्च, 1959 को नई दिल्ली में हस्ताक्षरित क़रार तथा आय पर दोहरे करधान के परिहार के लिए वह प्रोटोकॉल जिसके द्वारा जर्मन संघीय गणराज्य की सरकार तथा भारत गणराज्य की सरकार के बीच क़रार का संशोधन किया गया था और जिस पर टिप्पणियों के आदान-प्रदान के सहित, 28 जून, 1984 को हस्ताक्षर किये गए हैं, रद्द हो जाएंगे और उनकी मान्यता का उस दिन से अन्त हो जाएगा जिस दिन से यह समझौता लागू होगा ।

अनुच्छेद - 29

समापन

यह करार अनिश्चित समय तक लागू रहेगा परन्तु दोनों में से कोई भी संविदाकारी राज्य इसके लागू होने की तारीख से पांच वर्ष की अवधि समाप्त होने के पश्चात आरम्भ होने वाले किसी भी कैलेंडर वर्ष में जून की तीस तारीख को अथवा उससे पहले दूसरे संविदाकारी राज्य को राजनीतिक माध्यमों से लिखित रूप से इसके समापन की सूचना दे सकता है। ऐसी स्थिति में, यह करार निम्नलिखित के संबंध में निष्प्रभावी हो जाएगा :

§क§ जर्मन संघीय गणराज्य में :

§i§ जिस कैलेंडर वर्ष में समापन की सूचना दी जाती है उसके अनुवर्ती वर्ष के जनवरी मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात अदा की गई राशियों के संबंध में लम्बांशों, व्याज, रायल्टियों और तकनीकी सेवाओं के लिए फीस पर छोट पर लगने वाले करों के संबंध में ;

§ii§ अन्य करों के संबंध में जिस कैलेंडर वर्ष में समापन की सूचना दी जाती है उसके अनुवर्ती वर्ष के जनवरी मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात आरम्भ होने वाली अवधियों के लिए लगाए गए करों के संबंध में ;

§स§ भारत गणराज्य में :

§i§ जिस कैलेंडर वर्ष में समापन की सूचना दी जाती है उसके अनुवर्ती वर्ष के अप्रैल मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात आरम्भ होने वाले किसी वित्तीय वर्ष में उद्भूत होने वाली आय के संबंध में ;

§ii§ जिस कैलेंडर वर्ष में समापन की सूचना दी जाती है उसके अनुवर्ती वर्ष के अप्रैल मास के प्रथम दिवस को अथवा उसके पश्चात आरम्भ होने वाले किसी वित्तीय वर्ष के अन्तिम दिन को धारित पूंजी के संबंध में ।

जिसके सभ्य में, इसके लिए विधिवत् रूप से प्रथिकृत अयोहस्ताक्षरियों ने इस करार पर हस्ताक्षर किए हैं ।

<sup>११</sup>  
बोन में वर्ष एक हजार नौ सौ पंचानवे के जून माह के उन्नीसवें दिन जर्मन, हिन्दी और अंग्रेजी भाषा में दो-दो प्रतियों में निष्पन्न किया गया और तीनों मूल पठ प्रामाणिक हैं ।

जर्मन तथा हिन्दी पठ में अर्थ निरूपण में भिन्नता की स्थिति में अंग्रेजी पठ को प्रामाणिक माना जाएगा ।

जर्मन संघीय गणराज्य  
की ओर से

Karl Karly  
Karl Karly

भारत गणराज्य  
की ओर से

मनमोहन सिंह

प्रतिफल

जर्मन संघीय गणराज्य

और

भारत गणराज्य

आय और पूँजी पर करों के संबंध में दोहरे कराधान के परिहार के लिए निम्नलिखित उपबंध जो कि उक्त करार के अनिवार्य अंग बनेंगे, के लिए दो राज्यों के बीच दिनांक १२/६/१९९५ को करार पर हस्ताक्षर करने के लिए सहमत हो गए हैं।

1- अनुच्छेद 7 के संबंध में :

§ क § किसी भवन-स्थल अथवा निर्माण-कार्य, संयोजन अथवा संस्थापन परियोजना के लाभ का निर्धारण करने के लिए यह उस सविदाकारी राज्य के स्थायी संस्थापन के कारण हुए माने जायेंगे जिसमें स्थायी संस्थापन स्थित है और केवल स्थायी संस्थापन के कार्यकलाप से होने वाले लाभों को ही उनमें शामिल किया जाएगा। यदि इन कार्यकलापों के संबंध में अथवा इनसे अलग स्वतंत्र रूप से प्रधान कार्यालय अथवा उद्यम के किसी अन्य स्थायी संस्थापन से § जो उस सविदाकारी राज्य से बाहर स्थित हो § अथवा किसी तीसरे व्यक्ति § जो उस सविदाकारी राज्य से बाहर स्थित हो § से मधीनरी अथवा उपस्कर उपलब्ध करार जाते हैं तो यह लाभ भवन-स्थल अथवा निर्माण-कार्य, संयोजन अथवा संस्थापन परियोजना, ऐसे उपलब्ध करार जाने के मूल्य के कारण हुए नहीं माने जायेंगे।

§ ख § किसी सविदाकारी राज्य के निवासी द्वारा आयोजना, परियोजना, निर्माण-कार्य अथवा अनुसंधान संबंधी कार्यकलापों द्वारा प्राप्त की गई आय और दूसरे सविदाकारी राज्य में स्थित स्थायी संस्थापन के संबंध में उस राज्य में की गयी तकनीकी सेवाओं से होने वाली आय, स्थायी संस्थापन से होने वाली आय नहीं मानो जायगी।

§ ग § अनुच्छेद 7 के पैराग्राफ 1 के संबंध में, उस स्थायी संस्थापन के माध्यम से उसी अथवा समान प्रकार के माल फ्य-वस्तुओं की बिक्री से जैसे कि पहले बेची गयी हैं अथवा उसी अथवा समान प्रकार के अन्य व्यावसायिक कार्यकलाप जैसे पहले किए गए क्रियाकलापों से प्राप्त लाभ, उस स्थायी संस्थापन के कारण हुए माने जायेंगे यदि यह प्रमाणित हो जाता है कि:

§ i § यह लेन-देन उस सविदाकारी राज्य में कराधान से बचने के लिए किया गया है जहां स्थायी संस्थापन स्थित है ; और

§ ii § वह स्थायी संस्थापन इस लेन-देन में किसी भी प्रकार से शामिल था।



§घ§ यह समझा जाता है कि प्रधान कार्यालय के व्ययों के संबंध में कटौतियों, जैसा कि अनुच्छेद 7 के पैरा 3 में संदर्भित है, किसी भी स्थिति में उन कटौतियों से कम नहीं होगी जो इस कथर के लागू होने की तारीख से भारतीय आयकर अधिनियम के अंतर्गत अनुमत्य हैं ।

§ड०§ उद्यम के प्रधान कार्यालय अथवा उसके किसी अन्य कार्यालय के स्थायी संस्थापन को निर्मातासित रूप से अदा की गयी अथवा उसके द्वारा प्रसारित वस्तुविक्रम करों की प्रतिपूर्ति के अलावा। राशियों के संबंध में कोई कटौती अनुमत्य नहीं होगी :

§i§ भेटे-टै अथवा अन्य अधिकारों के इस्तेमाल के फल में रायटियां, फीस अथवा ऐसी ही अन्य अदायगियाँ ;

§ii§ निष्पदित की गयी विशिष्ट सेवाओं अथवा प्रबंध के लिए कमीशन :

§iii§ बैंकिंग संस्था के मामले को छोड़कर स्थायी संस्थापन को उधार दी गयी राशि पर ब्याज ।

2. अनुच्छेद 8 के संदर्भ में :

अनुच्छेद 8 के प्रयोजनों के लिए जलयानों के परिवहन से प्राप्त आय में अन्तरराष्ट्रीय यातायात में माल अथवा फस्य-वस्तुओं के परिवहन के संबंध में आधानों जिनमें आधानों के परिवहन के लिए संबंधित उपकरण और द्तर भी शामिल हैं। के इस्तेमाल, रस-रसाव, उनको किये पर देने से प्राप्त की गयी आय भी शामिल है ।

3. अनुच्छेद 10 के संदर्भ में :

जर्मन संघीय गणराज्य में कथान के प्रयोजन के लिए लभांश शब्द में फल निष्क्य साझेदार विद्वत्तर गेजेन्शफटरे। द्वारा उसकी साझेदारी से प्राप्त आय और किसी निवेश निधि अथवा निवेश न्यास के प्रमाण-पत्रों पर दी गयी वितरणों की आय भी शामिल है । इस प्रयोजन के लिए भारत में ऐसी ही आय को इसी रूप में माना जाएगा ।

4. अनुच्छेद 10 और 11 के संदर्भ में :

इन अनुच्छेदों के उपबंधों के होते हुए भी लभांशों और ब्याज पर उस राज्य में जिसमें वे उद्भूत होते हैं, उस राज्य में और उस राज्य के कानून के अनुसार कर नगम्या जा सकता है :

§क§ यदि वे अधिकारों से अथवा ऐसे ऋण ढावों से प्राप्त होते हैं जिनमें लभांशों में भागीदारी का हक प्राप्त है । इसमें किसी निष्क्य साझेदार द्वारा प्राप्त ऐसी आय भी शामिल है, जो जर्मन संघीय गणराज्य के कर-कानूनों के अर्थ के अंतर्गत "पार्टिसिपेटिव दास्तेहन" और "गेविनओबलिगेटिओनिन" से उसकी इस प्रकार की भागीदारी से प्राप्त हुई हो। ; और

§स§ इस शर्त के अधीन कि ऐसी आय के देन-दार के लक्षों का निर्धारण करने में उनकी कटौती की जाये ।

5. अनुच्छेद 13 के संदर्भ में :

जर्मन संघीय गणराज्य की सरकार की ओर से पुष्टिकृत स्थिति को ध्यान में रखते हुए कि डॉयचडे ड्रवेस्टीन्सियोन्स - उंड फ्टविकुंग्स - गेलेरशाफ्ट डी.ई.जी. जर्मन संघीय गणराज्य के पूर्वतः स्वामित्व में है और जर्मनी में इसे आयकर से छूट प्राप्त है, इस पर सहमति हो गई है कि भारतीय कम्पनियों में शेयरों के हस्तांतरण के कारण डी.ई.जी. को प्राप्त होने वाले लम्बी अवधि के पूंजीगत अभिलक्षणों पर भारत में करधान से छूट प्राप्त होगी ।

6. अनुच्छेद 23 के संदर्भ में :

§क§ पैरग्राफ 1 के उप-पैरग्राफ §क§ में उल्लेख करई गई छूट, इस बात को ध्यान में रखे बिना प्रदान की जाती है कि संबंधित आय अथवा पूंजी पर भारत गणराज्य में प्रभावी ढंग से कर लगाया जाता है या नहीं ।

§स§ जहाँ कोई कम्पनी, जर्मन संघीय गणराज्य की निवासी होने के नत्ते भारत गणराज्य के भीतर के स्रोतों से प्राप्त की गई आय का वितरण करती है, वहाँ जर्मन कर कानून के उपबंधों के अनुसार ऐसे वितरणों पर पूरक निगमित कर लगाने पर पैरग्राफ 1 प्रतिबंधित नहीं होगा ।

§ग§ जर्मन संघीय गणराज्य अनुच्छेद 23 के पैरग्राफ 1 §स§ में उल्लेख करण गप कर क्रेडिट द्वारा दोहरे करधान का परिहार करेगा न कि अनुच्छेद 23 के पैरग्राफ §क§ के अंतर्गत दी गई कर छूट द्वारा ।

§कक§ यदि सविदाकाधि राज्यों में आय को अनुच्छेद 9 के अंतर्गत के अलावा करण के भिन्न-भिन्न उपबंधों के अंतर्गत रखा जाता है अथवा विभिन्न व्यक्तियों के नाम लगाया जाता है और इस झगड़े को अनुच्छेद 25 में विहित कार्यविधि के अनुसार निपटया नहीं जा सकता और

§i§ यदि ऐसा होने के परिणाम-स्वरूप अथवा स्थान-निर्धारण के कारण संगत आय पर दोहरा कर लगाया जायगा ; अथवा

§ii§ यदि ऐसा होने के परिणाम-स्वरूप अथवा स्थान-निर्धारण के कारण संगत आय पर भारत में कर नहीं लगाया जाता अथवा अनुपयुक्त रूप से कम कर लगाया जाता है और इस पैरग्राफ के प्रवर्तन से अन्यथा जर्मन संघीय गणराज्य में कर से छूट प्राप्त होगी, अथवा

§ सख § यदि जर्मन संघीय गणराज्य ने यद्योचित परामर्श के पश्चात और अपने अन्तरराष्ट्रीय कानून की सीमाओं के अंतर्गत राजनयिक माध्यमों से भारत गणराज्य को आय की अन्य मदों के बारे में अधिसूचित किया है तब पर यह पैराग्राफ लागू है जिससे कि दोनों संबिदाकारी राज्यों में आय पर करधान की छूट को रोक जा सके अथवा करार के अनुष्युक्त इस्तेमाल के अन्य तरीकों को रोक जा सके ।

उप-पैराग्राफ § ख § के अंतर्गत की अधिसूचना के मामले में भारत गणराज्य राजनयिक माध्यमों से अधिसूचना को ध्यान में रखते हुए करार के अंतर्गत जर्मन संघीय गणराज्य द्वारा निर्धारित कर सकता है । इस पैराग्राफ के तहत जारी की गई अधिसूचना उस कैलेंडर वर्ष के बाद वाले वर्ष के प्रथम दिवस को प्रभावी होगी, जिस वर्ष में यह भेजी गई थी और इसे प्रभावी बनाने के लिए अधिसूचित करने वाले राज्य के द्वारा कानूनी पूर्व अज्ञापन देशीय कानून के अंतर्गत पूरी कर ली गई हों ।

7. अनुच्छेद 26 के संदर्भ में :

§ क § यह भी समझा जाता है कि करार के संबंध में "सूचना" पद में दस्तावेज शामिल होंगे। इसके अलावा यह भी समझा जाता है कि जर्मन कर कानून में राजस्व संहिता अवगावेन ऑर्डनंग के अनुच्छेद 117 के पैराग्राफ 3 के अर्थ में अनुरोध पर सूचना भेजने का प्रवधान है - और इस अनुच्छेद के होते हुए भी इन उपबंधों के अंतर्गत भारत में सखम प्रधिकारी को सूचना प्रस्तुत करना संभव होगा ।

§ ख § यदि इस अनुच्छेद के तहत व्यक्तिगत आंकड़ों का आदान-प्रदान किया जाता है, तो निम्नलिखित अतिरिक्त उपबंध लागू होंगे, बशर्ते कि प्रत्येक संबिदाकारी राज्य के देशीय कानून को स्वीकार करते हों :

§ 1 § आंकड़े भेजने वाले संबिदाकारी राज्य, भेजे गए आंकड़ों की परिशुद्धता के लिए जिम्मेवार होंगे । यदि यह पता चलता है कि अशुद्ध आंकड़े अथवा वे आंकड़े सप्टाई किए गए हैं, जो सप्टाई नहीं किए जाने चाहिए थे तो प्राप्तकर्ता राज्य को इस आशय से अविलम्ब अधिसूचित किया जाएगा । उस राज्य के लिए यह बाध्यकारी होगा कि वह उन आंकड़ों को ठीक करे या उनको नष्ट कर दे ;

- § iii § सविदाकारी राज्यों के लिए यह आवश्यक होगा कि वे व्यक्तिगत आँकड़ों को भेजने अथवा प्राप्त करने के सरकारी रिकार्ड संग्रहित कर लें ;
- § iii § सविदाकारी राज्यों के लिए यह आवश्यक होगा कि वे भेजे गए व्यक्तिगत आँकड़ों को अनधिकृत पहुँच, उनमें अनधिकृत परिवर्तन और उनकी अनधिकृत घोषणा से सुरक्षित लें ;
- § iv § आवेदन करने पर संबंधित व्यक्ति को संग्रह की गई सूचना और उसके इस्तेमाल के बारे में सूचित किया जाएगा । यदि सूचना प्राप्त करने वाले व्यक्ति के हित की तुलना में सार्वजनिक हित में इस सूचना को रोकें रखना अधिक महत्वपूर्ण हो, तो वह सूचना उपलब्ध करना अनिवार्य होगा, अन्य सभी मामलों में जिस व्यक्ति के बारे में आँकड़े संग्रह किए जाते हैं उसके द्वारा सूचना प्राप्त करने का अधिकार उस सविदाकारी राज्य के देशीय कानून द्वारा अधिशासित होगा, जिसमें सूचना के लिए आवेदन किया जाता है ।

बीन में वर्ष फ़ हजार नौ सौ पंचानवे के जून माह के उन्नीसवें दिन जर्मन, हिन्दी और अंग्रेजी भाषा में दो-दो प्रतियों में निम्न क्रिया गया और तीनों पृष्ठ प्रामाणिक हैं ।

जर्मन तथा हिन्दी पृष्ठ में अर्थ निरूपण में भिन्नता की स्थिति में अंग्रेजी पृष्ठ को प्रामाणिक माना जाएगा ।

जर्मन संघीय गणराज्य

की ओर से

Wass Muth  
Kurt Hill

भारत गणराज्य

की ओर से

अम्बिका मिश्र

[ ENGLISH TEXT — TEXTE ANGLAIS ]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE REPUBLIC OF INDIA FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE  
TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

Whereas the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of India desire to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital, and for promoting their mutual economic relations;

Now, therefore, it is hereby agreed as follows:

*Article 1. Personal Scope*

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

*Article 2. Taxes Covered*

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the procedure in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, and the payroll tax.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

a) In the Federal Republic of Germany:

The Einkommensteuer (income tax),

The Körperschaftsteuer (corporation tax),

The Vermögensteuer (capital tax), and

The Gewerbesteuer (trade tax)

(hereinafter referred to as "German tax");

b) In the Republic of India:

The income tax including any surcharge tax thereon (Einkommensteuer, einschl. darauf entfallender Zusatzsteuern), and

The wealth tax (Vermögensteuer)

(hereinafter referred to as "Indian tax").

(4) This Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of changes of importance which have been made in their respective taxation laws.

*Article 3. General Definitions*

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

a) The term "Federal Republic of Germany" means the area in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force including the area of the sea-bed, its sub-soil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, insofar as the Federal Republic of Germany exercises their sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation;

b) The term "Republic of India" means the territory of the Republic of India and includes the territorial sea and airspace above it. For the purposes of this Agreement the term shall also cover any other maritime zone in which the Republic of India has sovereign rights, other rights and jurisdictions, according to the Indian law and in accordance with international law in particular as laid down in the UN Convention of the Law of the Sea;

c) The terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or the Republic of India as the context requires;

d) The term "person" includes an individual, a company and any other entity which is treated as a taxable unit under the taxation laws in force in the respective Contracting States;

e) The term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a company or body corporate under the taxation laws in force in the respective Contracting States;

f) The term "immovable property" has the meaning which has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property;

g) The terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

h) The term "national" means:

i) In respect of the Federal Republic of Germany any German within the meaning of Article 116, paragraph (1), of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;

ii) In respect of the Republic of India any national of the Republic of India and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Republic of India;

i) The term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

j) The term "competent authority" means in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance, and in the case of the Republic of India the Central Government in the Ministry of Finance (Department of Revenue) or its authorised representative;

k) The term "fiscal year" means:

i) In relation to Indian tax, the previous year as defined in the Income Tax Act, 1961;

ii) In relation to German tax, the calendar year.

(1) The term "tax" means German tax or Indian tax as the context requires but shall not include interest or penalty imposed in relation to such taxes.

(2) As regards the application of this Agreement by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which this Agreement applies.

#### *Article 4. Resident*

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

a) He shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;

c) If he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;

d) If he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph (1) a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

#### *Article 5. Permanent Establishment*

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.



(2) The term "permanent establishment" includes especially

- a) A place of management;
- b) A branch;
- c) An office;
- d) A factory;
- e) A workshop;

f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources, including an installation or structure used for the exploration or exploitation;

g) A warehouse or sales outlet;

h) A farm, plantation or other place where agricultural, forestry, plantation or related activities are carried on; and

i) A building site or construction, installation or assembly project or supervisory activities in connection therewith, where such site, project or activities continue for a period exceeding six months.

(3) An enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State and to carry on business through that permanent establishment if it provides services or facilities in connection with, or supplies plant and machinery on hire used for or to be used in the prospecting for, or extraction or exploitation of mineral oils in that State.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include

a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

f) The maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person -- other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies -- is acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in the first-mentioned State, if this person

a) Has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts on behalf of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise;

b) Has no such authority, but habitually maintains in the first-mentioned State a stock of goods or merchandise from which he regularly delivers goods or merchandise on behalf of the enterprise; or

c) Habitually secures orders in the first-mentioned State, wholly or almost wholly for the enterprise itself or for the enterprise and other enterprises controlling, controlled by, or subject to the same common control, as that enterprise.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business and in their commercial and financial relations to the enterprise no conditions are agreed or imposed which differ from those usually agreed between independent persons.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

#### *Article 6. Income from Immovable Property*

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The provision of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in my other form of immovable property.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

#### *Article 7. Business Profits*

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the business of the permanent establishment including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere,

and according to the domestic law of the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(4) Insofar as in a Contracting State and in exceptional cases the determination of the profits to be attributed to a permanent establishment in accordance with paragraph 2 is impossible or gives rise to unreasonable difficulties, nothing in paragraph 2 shall preclude the determination of the profits to be attributed to a permanent establishment by means of either apportioning the total profits of the enterprise to that permanent establishment or estimating on any other reasonable basis; the method of apportionment or estimation adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

#### *Article 8. Shipping and Air Transport*

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(3) For the purposes of this Article, interest on funds connected with the operation of ships or aircraft in international traffic shall be regarded as profits derived from the operation of such ships or aircraft, and the provisions of Article 11 shall not apply in relation to such interest.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

#### *Article 9. Associated Enterprises*

Where

a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

*Article 10. Dividends*

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means

a) Dividends on shares including income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, and

b) Other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

*Article 11. Interest*

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2,

a) Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government of the Republic of India, the Reserve Bank of India, the Industrial Finance Corporation of India, the Industrial Development Bank of India, the Export-import Bank of India, National Housing Bank and Small Industries Development Bank of India shall be exempt from German tax;

b) Interest arising in the Republic of India and paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) and interest paid in consideration of a loan guaranteed by HERMES-Deckung shall be exempt from Indian tax.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

*Article 12. Royalties and Fees for Technical Services*

(1) Royalties and fees for technical services arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties and fees for technical services may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties, or fees for technical services, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties or the fees for technical services.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work, including cinematographic films or films or tapes used for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The term "fees for technical services" as used in this Article means payments of any amount in consideration for the services of managerial, technical or consultancy nature, including the provision of services by technical or other personnel, but does not include payments for services mentioned in Article 15 of this Agreement.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties or fees for technical services, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties or fees for technical services arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right, property or contract in respect of which the royalties or fees for technical services are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Royalties and fees for technical services shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land or a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties or fees for technical services, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties or fees for technical services was incurred, and such royalties or fees for technical services are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties or fees for technical services shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other Person, the amount of royalties or fees for technical services paid exceeds the amount which would have been paid in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

*Article 13. Capital Gains*

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of shares in a company which is a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 4 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

*Article 14. Independent Personal Services*

(1) Income derived by an individual who is a resident of a Contracting State from the performance of professional services or other independent activities of a similar character shall be taxable only in that State except in the following circumstances when such income may also be taxed in the other Contracting State:

a) If he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities, in that case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in that other State; or

b) If his stay in the other Contracting State is for a period or periods amounting to or exceeding in the aggregate 120 days in the relevant fiscal year, in that case, only so much of the income as is derived from his activities performed in that other State may be taxed in that other State.

(2) The term "professional services" includes independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities, as well as the independent activities of physicians, surgeons, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

*Article 15. Dependent Personal Services*

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19 and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable in the other Contracting State only if the employment is exercised there.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and

b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State of which the enterprise operating the ship or aircraft is a resident.

#### *Article 16. Directors' Fees*

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

#### *Article 17. Artistes and Sportspersons*

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsperson, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsperson in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsperson himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsperson are exercised.

(3) However, such income shall not be taxed in the State mentioned in paragraph 1 if the said activities are exercised during a visit to that State by a resident of the other Contracting State and where such visit is financed directly or indirectly by that other State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or by an organisation which in that other State is recognised as a charitable organisation.

#### *Article 18. Non-government Pensions*

Subject to the provisions of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.



*Article 19. Government Service*

(1) a) Remuneration other than a pension, paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State, if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

i) Is a national of that State; or

ii) Did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) a) Any pension paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of and a national of that other State.

(3) The provisions of Articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

(4) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, Land, political subdivision or local authority, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

*Article 20. Teachers, Students and Trainees*

(1) An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity during the period of the first year from the date of his arrival and in the next year the exemption will be only in respect of remuneration derived by him from outside that State.

(2) An individual who is present in a Contracting State solely

a) As a student at a university, college or school in that Contracting State,

b) As a business apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a "Volontär" or a "Praktikant"),

c) As the recipient of a grant, allowance or award for the primary purpose of study or research from a religious, charitable, scientific or educational organisation, or,

d) As a member of a technical cooperation programme entered into by the Government of that Contracting State, and who is, or was immediately before visiting that State, a resident of the other Contracting State,

shall be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State in respect of

i) Remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training, and

ii) Remuneration from employment in that other State, in an amount not exceeding DM 7,200 (seven thousand two-hundred Deutsche Mark) or its equivalent in Indian currency during any fiscal year, as the case may be, provided that such employment is directly related to his studies or is undertaken for the purpose of his maintenance.

#### *Article 21. Other Income*

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, if a resident of a Contracting State derives income from sources within the other Contracting State in the form of lotteries, crossword puzzles, races including horse races, card games and other games of any sort or gambling or betting of any form or nature whatsoever, such income may be taxed in the other Contracting State.

#### *Article 22. Capital*

(1) Capital represented by immovable property, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

*Article 23. Relief from Double Taxation*

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

a) Unless foreign tax credit is to be allowed under subparagraph b), there shall be exempted from German tax any item of income arising in the Republic of India and any item of capital situated within the Republic of India, which, according to this Agreement, may be taxed in the Republic of India. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so exempted.

In the case of dividends exemption shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the Republic of India at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

There shall be exempted from taxes on capital any shareholding the dividends of which are exempted or, if paid, would be exempted, according to the immediately foregoing sentence.

b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax payable in respect of the following items of income arising in the Republic of India and the items of capital situated there the Indian tax paid under the laws of the Republic of India and in accordance with this Agreement on:

- i) Dividends not dealt with in sub-paragraph a);
- ii) Interest;
- iii) Royalties and fees for technical services;
- iv) Income in the meaning of paragraph 4 of Article 13;
- v) Directors' fees;
- vi) Income of artistes and sportspersons;

c) For the purpose of credit referred to in letter ii) of sub-paragraph b) the Indian tax shall be deemed to be 10 per cent of the gross amount of the interest, if the Indian tax is reduced to a lower rate or totally waived according to domestic law, irrespective of the amount of tax actually paid.

d) The provisions of sub-paragraph c) shall apply for the first 12 fiscal years for which this Agreement is effective.

e) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph a) items of income dealt with in Articles 7 and 10 and gains derived from the alienation of the business property of a permanent establishment as well as the items of capital underlying such income shall be exempted from German tax only if the resident of the Federal Republic of Germany can prove that the receipts of the permanent establishment or company are derived exclusively or almost exclusively from active operations.

In the case of items of income dealt with in Article 10 and the items of capital underlying such income the exemption shall apply even if the dividends are derived from holdings in other companies being residents of the Republic of India which carry on active

operations and in which the company which last made a distribution has a holding of more than 25 per cent.

Active operations are the following: producing or selling goods or merchandise, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business, within the Republic of India.

If this is not proved, only the credit procedure as per sub-paragraph b) shall apply.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of the Republic of India as follows:

Where a resident of the Republic of India derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in the Federal Republic of Germany, the Republic of India shall allow as a deduction from the tax on such income of that resident an amount equal to the income tax paid in the Federal Republic of Germany, whether directly or by deduction, and as a deduction from the tax on such capital of that resident an amount equal to the capital tax paid in the Federal Republic of Germany. Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax (as computed before the deduction is given) which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

(3) The laws in force in either of the Contracting States shall continue to govern the taxation of income and capital in the respective Contracting States except where express provision to the contrary is made in this Agreement.

#### *Article 24. Non-discrimination*

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances and under the same conditions are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as preventing a Contracting State from charging the profits of a permanent establishment which a company of the other Contracting State has in the first-mentioned State at a rate of tax which is higher than that imposed on the profits of a similar company of the first-mentioned Contracting State, nor as being in conflict with the provisions of paragraph 3 of Article 7 of this Agreement. Further this provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

(3) Except where the provisions of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 7 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an

enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as it they had been contracted to a resident of the first mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first mentioned State are or may be subjected.

#### *Article 25. Mutual Agreement Procedure*

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in this Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may establish by mutual agreement the mode of application of the provisions of this Agreement regarding the exemption or reduction of taxes.

(5) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

#### *Article 26. Exchange of Information*

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such Information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collec-

tion of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by this Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a) To carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b) To supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c) To supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

#### *Article 27. Diplomatic and Consular Privileges*

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organisation under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

#### *Article 28. Entry into Force*

(1) The Governments of the Contracting States shall notify to each other that the legal requirements for the entry into force of this Agreement have been complied with.

(2) This Agreement shall enter into force one month after receipt of the latter of the notifications referred to in paragraph 1 and shall have effect:

a) In the Federal Republic of Germany

i) In the case of taxes withheld at source on dividends, interest, royalties and fees for technical services, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which this Agreement enters into force;

ii) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which this Agreement enters into force;

b) In the Republic of India

i) In respect of income arising in any fiscal year beginning on or after the first day of April following the calendar year in which this Agreement enters into force;

ii) In respect of capital which is held on the last day of any fiscal year beginning on or after the first day of April following the calendar year in which this Agreement enters into force.

(3) Upon the entry into force of this Agreement the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of India for the Avoidance of Double Taxation of Income signed on 18th March 1959 and the Protocol amending the

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of India for the Avoidance of Double Taxation of Income signed on 28th June 1984 along with the Exchange of Notes of the same date shall expire and shall cease to have effect as from the date on which the provisions of this Agreement commence to have effect.

*Article 29. Termination*

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to have effect:

a) In the Federal Republic of Germany

i) In the case of taxes withheld at source on dividends, interest, royalties and fees for technical services, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;

ii) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;

b) In the Republic of India

i) In respect of income arising in any fiscal year beginning on or after the first day of April following the calendar year in which the notice of termination is given;

ii) In respect of capital which is held on the last day of any fiscal year beginning on or after the first day of April following the calendar year in which the notice of termination is given.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed the present Agreement.

Done at Bonn on 19 June 1995 in two originals, each in the German, Hindi and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and the Hindi text the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

DR. HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

DR. KURT FALTLHAUSER

For the Republic of India:

DR. MANMOHAN SINGH

PROTOCOL

The Federal Republic of Germany

and

The Republic of India

Have agreed at the signing at Bonn on 19 June 1995 of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

**1. With reference to Article 7:**

a) In the determination of the profits of a building site or construction, assembly or installation project there shall be attributed to that permanent establishment in the Contracting State in which the permanent establishment is situated only the profits resulting from the activities of the permanent establishment as such. If machinery or equipment is delivered from the head office or another permanent establishment of the enterprise (situated outside that Contracting State) or a third person (situated outside that Contracting State) in connection with those activities or independently therefrom there shall not be attributed to the profits of the building site or construction, assembly or installation project the value of such deliveries.

b) Income derived by a resident of a Contracting State from planning, project, construction or research activities as well as income from technical services exercised in that State in connection with a permanent establishment situated in the other Contracting State, shall not be attributed to that permanent establishment.

c) In respect of paragraph 1 of Article 7, profits derived from the sale of goods or merchandise of the same or similar kind as those sold, or from other business activities of the same or similar kind as those effected, through that permanent establishment, may be considered attributable to that permanent establishment if it is proved that:

i) This transaction has been resorted to in order to avoid taxation in the Contracting State where the permanent establishment is situated and

ii) The permanent establishment in any way was involved in this transaction.

d) It is understood that the deductions in respect of the head office expenses as referred to in paragraph 3 of Article 7 shall in no case be less than those allowable under the Indian Income Tax Act as on the date of entry into force of this Agreement.

e) No deduction shall be allowed in respect of amounts paid or charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of:

i) Royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights;

ii) Commission for specific services performed or for management; and

iii) Interest on moneys lent to the permanent establishment except in case of a banking institution.



**2. With reference to Article 8:**

For the purposes of Article 8 income from the operation of ships includes income derived from the use, maintenance or rental of containers (including trailers and related equipment for the transport of containers) in connection with the transport of goods or merchandise in international traffic.

**3. With reference to Article 10:**

For the purpose of taxation in the Federal Republic of Germany, the term "dividends" includes income derived by a sleeping partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such and distributions on certificates of an investment fund or investment trust. For the purpose of taxation in the Republic of India any income of a similar kind will be treated alike.

**4. With reference to Articles 10 and 11**

Notwithstanding the provisions of these Articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State,

a) If they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a sleeping partner from his participation as such, from a "partiarisches Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany) and

b) Under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

**5. With reference to Article 13:**

In view of the position confirmed on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) is wholly owned by the Government of the Federal Republic of Germany and is exempted from paying income tax in Germany, it is agreed that the long term capital gains arising to the DEG due to alienation of shares in Indian companies will be exempt from taxation in India.

**6. With reference to Article 23:**

a) The exemption provided for in sub-paragraph a) of paragraph 1 of Article 23 is granted irrespective of whether the income or capital concerned is effectively taxed in the Republic of India or not.

b) Where a company being a resident of the Federal Republic of Germany distributes incomes derived from sources within the Republic of India paragraph 1 of Article 23 shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of German tax law.

c) The Federal Republic of Germany shall avoid double taxation by a tax credit as provided for in paragraph 1 b) of Article 23 and not by a tax exemption under paragraph 1 a) of Article 23,

aa) If in the Contracting States income is placed under differing provisions of the Agreement or attributed to different persons (other than under Article 9) and this conflict cannot be settled by procedure pursuant to Article 25 and

i) If as a result of such placement or attribution the relevant income would be subject to double taxation; or

ii) If as a result of such placement or attribution the relevant income would remain un-taxed or be subject only to inappropriately reduced taxation in the Republic of India and would (but for the application of this paragraph) remain exempt from tax in the Federal Republic of Germany; or

bb) If the Federal Republic of Germany has, after due consultation and subject to the limitations of its internal law, notified the Republic of India through diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply this paragraph in order to prevent the exemption of income from taxation in both Contracting States or other arrangements for the improper use of the Agreement.

In the case of a notification under sub-paragraph (bb) the Republic of India may, subject to notification through diplomatic channels, characterise such income under the Agreement consistently with the characterisation of that income by the Federal Republic of Germany. A notification made under this paragraph shall have effect only from the first day of the calendar year following the year in which it was transmitted and any legal prerequisites under the domestic law of the notifying State for giving it effect have been fulfilled.

#### **7. With reference to Article 26:**

a) It is also understood that in relation to the Agreement, the term "information" shall include documents. It is further understood that the German tax law provides for the transmission of information in terms of paragraph 3 of Article 117 of the Fiscal Code (Abgabenordnung) -- upon request -- and it would be possible to furnish information to the competent authority in the Republic of India under these provisions irrespective of this Article.

b) If personal data is exchanged under this Article, the following additional provisions shall apply subject to the domestic laws of each Contracting State:

i) The data supplying Contracting States shall be responsible for the accuracy of the data they supply. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been communicated, the receiving State shall be notified of this without delay. That State shall be obliged to correct or destroy said data;

ii) The Contracting States shall be obliged to keep official records of the transmission and receipt of personal data;

iii) The Contracting States shall be obliged to take effective measures to protect the personal data communicated against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure;

iv) Upon application the person concerned shall be informed of the information stored about him and of the use planned to be made of it. There shall be no obligation to give this information if on balance it appears that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects the right of the person

concerned to be informed of the data stored about him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.

Done at Bonn on 19 June 1995 in two originals, each in the German, Hindi and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and the Hindi text the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

DR. HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

DR. KURT FALTLHAUSER

For the Republic of India:

DR. MANMOHAN SINGH

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA  
RÉPUBLIQUE DE L'INDE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE  
IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA  
FORTUNE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de l'Inde, désireux de conclure un Accord en vue d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, et de promouvoir leurs relations économiques et mutuelles;

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier. Personnes visées*

Le présent Accord vise les personnes qui sont des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

*Article 2. Impôts visés*

1. Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte d'un État contractant, d'un Land ou de l'une de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales, quelqu'en soit le mode de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune tous impôts perçus sur le revenu global, sur la fortune totale ou sur les éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, ainsi que les impôts sur les salaires et traitements payés par les entreprises.

3. Les impôts actuels auxquels s'applique le présent Accord sont notamment :

a) En République fédérale d'Allemagne :

L'impôt sur le revenu (Einkommensteuer),

L'impôt sur les sociétés (Körperschaftsteuer),

L'impôt sur la fortune (Vermögensteuer),

La patente (Gewerbesteuer)

(ci-après dénommés "impôt allemand");

b) En République de l'Inde :

L'impôt sur le revenu y compris toute surtaxe (Einkommensteuer, einsch. Darauf entfallender Zusatzsteuer), et

L'impôt sur la fortune (Vermögensteuer)

(ci-après dénommés "impôt indien").

4. Le présent Accord s'applique aussi aux impôts identiques ou sensiblement analogues qui seraient établis après la signature du présent Accord et qui s'ajouteraient aux impôts ac-

tuels ou qui les remplaceraient. À la fin de chaque année, les autorités compétentes des États contractants se communiqueront le cas échéant les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

### *Article 3. Définitions générales*

Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente :

a) L'expression "République fédérale d'Allemagne" désigne le territoire sur lequel s'applique le droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne, y compris la zone des fonds marins, les tréfonds et les eaux surjacentes adjacentes à la mer territoriale, dans la mesure où la République fédérale d'Allemagne exerce des droits souverains et sa juridiction conformément au droit international et à sa législation nationale;

b) L'expression "République de l'Inde" désigne le territoire de la République de l'Inde, y compris les eaux territoriales et leur espace aérien. Aux fins du présent Accord, cette expression s'applique également à toute autre zone maritime dans laquelle la République de l'Inde exerce des droits souverains, d'autres droits et juridiction, conformément à la législation indienne et au droit international, en particulier tel qu'il est indiqué dans la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer;

c) Les expressions "un État contractant" et "l'autre État contractant" désignent la République fédérale d'Allemagne ou la République de l'Inde, d'après le contexte;

d) Le terme "personne" désigne une personne physique, une société et toute autre entité considérée comme contribuable en vertu de la législation fiscale en vigueur dans les États contractants respectifs;

e) Le terme "société" désigne toute personne morale ou toute entité considérée comme une société ou une personne morale en vertu de la législation fiscale en vigueur dans les États contractants respectifs;

f) L'expression "biens immobiliers" a le sens qui lui attribue la législation de l'État contractant dans lequel sont situés les biens considérés. Ce terme inclut, en tout état de cause, les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles ou sylvicoles, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres ressources naturelles; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers;

g) Les expressions "entreprise d'un État contractant" ou "entreprise de l'autre État contractant" désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un État contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre État contractant;

h) Le terme "ressortissant" désigne :

i) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tout Allemand au sens du paragraphe 1 de l'Article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toute personne morale, société de personnes et association dont le statut est régi par la législation en vigueur de la République fédérale d'Allemagne;

ii) En ce qui concerne la République de l'Inde, toute personne physique possédant la citoyenneté indienne et toute personne morale établie ou organisée en vertu de la législation indienne, ainsi que toute personne morale, société de personnes ou association dont le statut est régi par la législation en vigueur de la République de l'Inde;

i) L'expression "trafic international" désigne tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un État contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant;

j) L'expression "autorité compétente" désigne, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances et, dans le cas de la République de l'Inde, le Gouvernement central au Ministère des finances (Département du Trésor) ou son représentant habilité;

k) L'expression "exercice budgétaire" désigne :

i) En ce qui concerne l'impôt indien, l'année précédente définie dans la Loi sur l'impôt sur le revenu, de 1961;

ii) En ce qui concerne l'impôt allemand, l'année civile.

1. Le terme "impôt" désigne l'impôt allemand ou l'impôt indien, selon le contexte, exclusion faite des intérêts ou intérêts moratoires imposés sur lesdits impôts.

2. Aux fins de l'application du présent Accord par un État contractant, tout terme qui n'est pas défini dans ledit Accord a le sens que lui attribue la législation de cet État régissant les impôts auxquels l'Accord est applicable, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente.

#### *Article 4. Résident*

1. Aux fins du présent Accord, l'expression "résident d'un État contractant" désigne toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, est assujettie à l'impôt de cet État en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de même nature. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes qui ne sont assujetties à l'impôt dans cet État que pour les revenus de sources situées dans cet État ou pour la fortune qui y est située.

2. Lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'État où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États, elle est considérée comme un résident de l'État avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'État où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des États, elle est considérée comme un résident de l'État où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux États ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'État dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux États ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 1, une société est un résident des deux États contractants, elle est considérée comme un résident de l'État où son siège de direction effective est situé.

#### *Article 5. Établissement stable*

1. Aux fins du présent Accord, l'expression "établissement stable" désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. L'expression "établissement stable" comprend notamment :

a) Un siège de direction;

b) Une succursale;

c) Un bureau;

d) Une usine;

e) Un atelier;

f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles, y compris une installation ou structure utilisée pour la prospection ou l'exploitation;

g) Un entrepôt ou une installation de ventes;

h) Une exploitation agricole, plantation ou autre lieu où s'exercent des activités agricoles, sylvicoles ou connexes; et

i) Un chantier ou un projet de construction, installation ou montage ou des activités connexes, toutes les fois que ledit chantier, projet ou activités ont une durée de plus de six mois.

3. Une entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans un État contractant et comme exerçant des activités commerciales ou industrielles par l'entremise dudit établissement stable toutes les fois qu'elle fournit des services ou des installations liés à la prospection, extraction ou exploitation des ressources minières dans ledit État ou qu'elle fournit des équipements et de l'outillage dans le cadre de contrats utilisés ou devant être utilisés pour lesdites activités de prospection, extraction ou exploitation.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent Article, l'expression "établissement stable" n'inclut pas :

a) L'utilisation d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Le maintien d'un stock de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Le maintien d'un stock de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise aux seules fins de transformation pour une autre entreprise;

d) Le maintien d'une installation fixe d'affaires aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Le maintien d'une installation fixe d'affaires aux seules fins de se livrer à toute autre activité ayant un caractère préparatoire ou auxiliaire au bénéfice de l'entreprise;

f) Le maintien d'une installation fixe d'affaires aux seules fins de l'exercice cumulé d'activités mentionnées aux alinéas a) à e) à condition que l'activité d'ensemble de ladite installation fixe d'affaires résultant de ce cumul garde un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne, autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6, agit dans un État contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre État contractant, ladite entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans le premier État mentionné, toutes les fois que cette personne

a) Possède et exerce habituellement dans ledit État l'autorité de conclure des marchés au nom de l'entreprise, à moins que ses activités ne soient limitées à l'achat de biens ou de marchandises pour l'entreprise;

b) Ne possède pas ladite autorité mais maintient habituellement dans le premier État mentionné un stock de biens ou de marchandises à partir duquel elle effectue sur une base régulière des livraisons de biens ou de marchandises au nom de l'entreprise; ou

c) Place habituellement des commandes dans le premier État contractant mentionné, entièrement ou presque pour l'entreprise elle-même ou pour l'entreprise et d'autres entreprises dépendant de ladite entreprise, ou qui ont une participation majoritaire dans cette dernière ou encore qui sont placées sous le même contrôle que cette dernière.

6. Une entreprise n'est pas considérée comme ayant un établissement stable dans un État contractant du simple fait qu'elle y exerce son activité par l'intermédiaire d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité et que, dans leurs relations commerciales et financières avec l'entreprise, aucune condition ne soit convenue ou imposée qui s'éloignerait des conditions habituellement convenues entre des personnes indépendantes.

7. Le fait qu'une société, qui est un résident d'un État contractant, contrôle une société qui est un résident de l'autre État contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ou est contrôlée par ladite société ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement de l'autre.

#### *Article 6. Revenus immobiliers*

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou sylvicoles) situés dans l'autre État contractant sont imposables dans l'autre État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage ainsi que de toute forme d'exploitation de biens immobiliers.



3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

#### *Article 7. Bénéfices des entreprises*

1. Les bénéfices d'une entreprise de l'un des États contractants ne sont imposables que dans cet État, à moins que ladite entreprise n'exerce ses activités dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Dans ce dernier cas, lesdits bénéfices ne peuvent être imposés dans l'autre État que dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent Article, si une entreprise de l'un des États contractants exerce des activités dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, on impute à cet établissement, dans chaque État contractant, les bénéfices que ledit établissement aurait pu réaliser s'il avait eu le statut d'entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues, dans des conditions elles-mêmes identiques ou analogues, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi encourus, soit dans l'État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs et conformément à la législation interne de l'État contractant dans lequel l'établissement stable est situé.

4. Si, dans un État contractant et dans des cas exceptionnels, la détermination des bénéfices imputables à un établissement stable, conformément au paragraphe 2 s'avère impossible ou soulève des difficultés considérables, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche cet État contractant de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base de la répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable en raison du seul achat par ledit établissement stable de biens ou de marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins de l'application des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent Article.

#### *Article 8. Transports maritimes et aériens*

1. Les bénéfices de l'exploitation, en trafic international, de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective est situé.

2. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou intérieure est à bord d'un navire ou d'un bateau, il est considéré comme situé dans l'État contractant

où se trouve le port d'attache de ce navire ou de ce bateau ou, à défaut de port d'attache, dans l'État contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est résident.

3. Aux fins du présent Article, les intérêts sur les fonds liés à l'exploitation des navires, bateaux ou aéronefs pour le trafic international sont considérés comme bénéfiques provenant de l'exploitation desdits navires, bateaux ou aéronefs et les dispositions de l'Article 11 ne s'appliquent pas en ce qui concerne lesdits intérêts.

4. Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

#### *Article 9. Entreprises associées*

1. Quand :

a) Une entreprise de l'un des États contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant, ou quand

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des États contractants et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et lorsque les deux entreprises sont liées, dans leurs relations commerciales ou financières, par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles dont seraient convenues des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, dans ces conditions auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

#### *Article 10. Dividendes*

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant peuvent être imposés dans ce dernier.

2. Toutefois, ils peuvent également être imposables dans l'État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet État; toutefois l'impôt ainsi établi ne peut dépasser 10 % du montant brut des dividendes si la personne qui reçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif.

Les dispositions du présent paragraphe n'affectent pas l'imposition de la société au titre des bénéfices donnant lieu au paiement des dividendes.

3. Le terme "dividendes" employé dans le présent Article désigne :

a) Les dividendes provenant d'actions, bons de jouissance, actions de mines, parts de fondateurs ou autres droits autres que les créances, et

b) Les autres revenus soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'État dont la société distributrice est un résident.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession in-

dépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, suivant le cas, sont applicables.

5. Lorsqu'une société, qui est un résident d'un État contractant, tire des bénéfices ou un revenu de l'autre État contractant, cet autre État ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre État, ni prélever aucun impôt, au titre des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent, en tout ou en partie, en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

#### *Article 11. Intérêts*

1. Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet État.

2. Toutefois, ces intérêts sont imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et conformément à la législation de cet État. Cela dit, si la personne qui reçoit les intérêts en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 % du montant brut des intérêts.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2,

a) Les intérêts provenant de la République fédérale d'Allemagne et payés au Gouvernement de la République de l'Inde, à la Reserve Bank of India, à l'Industrial Finance Corporation of India, à l'Industrial Development Bank of India, à l'Export-Import Bank of India, à la National Housing Bank et à la Small Industries Development Bank of India sont exonérés de l'impôt allemand;

b) Les intérêts provenant de la République de l'Inde et payés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à la Deutsche Bundesbank, à la Kreditanstalt für Wiederaufbau ou à la Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) ainsi que les intérêts versés au titre d'impôt garanti par la HERMES-Deckung sont exonérés de l'impôt indien.

4. Le terme "intérêts" employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature assorties ou non de garanties hypothécaires et assorties ou non d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur et notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalités pour paiements tardifs ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent Article.

5. Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle et commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à

l'établissement stable ou à la base fixe en question. En pareil cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, selon qu'il convient, sont applicables.

6. Les intérêts sont considérés comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un Land, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'État où l'établissement stable, ou la base fixe, est situé.

7. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent Article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

*Article 12. Redevances et commissions  
pour services techniques*

1. Les redevances et commissions pour services techniques provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant sont aussi imposables dans l'État contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet État.

2. Toutefois, ces redevances et commissions peuvent aussi être imposables dans l'État d'où elles proviennent et selon la législation, mais si la personne qui reçoit les redevances et commissions en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 % du montant brut des redevances.

3. Le terme "redevances" employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une oeuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, ou les films et bandes enregistrées utilisés pour la diffusion radiophonique et la télévision, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial et scientifique.

4. L'expression "commissions pour services techniques" employée dans le présent Article désigne les paiements de tout montant pour les services de gestion, ainsi que les services techniques et de consultants, y compris la fourniture de services par un personnel technique ou autre, à l'exclusion des paiements pour services mentionnés dans l'Article 15 du présent Accord.

5. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances ou commissions, résident d'un État contractant, exerce une activité commerciale ou industrielle dans l'autre État contractant dont proviennent les redevances par l'intermédiaire d'un établissement stable ou une base fixe qui y sont situés et lorsque le

droit, bien ou contrat générateur desdites redevances se rattache effectivement audit établissement stable ou à ladite base fixe. Dans ce cas, les dispositions des Articles 7 et 14, selon qu'il convient, s'appliquent.

6. Les redevances et commissions pour services techniques sont considérées comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un Land, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances et commissions, qu'il soit ou non un résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels l'engagement donnant lieu auxdites redevances et commissions a été contracté et qui supportent la charge de ces redevances et commissions, celles-ci sont considérées comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

7. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances et commissions, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent Article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

#### *Article 13. Gains en capital*

1. Les gains qu'un résident d'un État contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État.

3. Les gains provenant de l'aliénation de navires ou aéronefs exploités en trafic international ou de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs, ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Les gains provenant de l'aliénation d'actions dans une société qui est un résident d'un État contractant sont imposables dans ledit État.

5. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont visés aux paragraphes 1 à 4 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est un résident.

#### *Article 14. Professions indépendantes*

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant et de même nature ne sont imposables que dans cet État; toutefois, ce revenu peut également être imposable dans l'autre État contractant :

a) Si ledit résident dispose dans l'autre État contractant d'une base fixe pour l'exercice de ses activités, mais dans ce cas, la seule partie du revenu provenant de ladite base fixe est imposable dans cet autre État; ou

b) Dans le cas où le résident en question séjourne dans l'autre État contractant pendant une période ou des périodes ne dépassant pas au total 120 jours pendant l'année civile considérée; dans ce cas, les revenus en question ne sont imposables dans l'autre État que pour la partie provenant des activités ayant lieu dans ledit État.

2. L'expression "profession libérale" comprend les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, chirurgiens, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

#### *Article 15. Professions dépendantes*

1. Sous réserve des dispositions des Articles 16, 18, 19 et 20, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables dans l'autre État contractant que si l'emploi y est exercé.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État si :

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile considérée; et

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre État; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre État.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent Article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

#### *Article 16. Tantièmes d'administrateur*

Les tantièmes et autres rétributions similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société qui est un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

#### *Article 17. Artistes et sportifs*

1. Nonobstant les dispositions des Articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de ses activités exercées dans l'autre État contractant en tant qu'artiste du spectacle, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou en tant que musicien ou sportif sont imposables dans cet autre État contractant.

2. Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des Articles 7, 14 et 15, dans l'État contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

3. Toutefois, ces revenus ne seront pas imposés dans l'État mentionné aux paragraphes 1, si les activités dont ils proviennent sont exercées au cours d'une visite dans cet État d'un résident de l'autre État contractant et que ladite visite est financée directement ou indirectement par cet autre État, un Land, une subdivision politique ou une collectivité locale, ou par une organisation reconnue comme oeuvre de bienfaisance dans cet autre État.

*Article 18. Pensions autres que les  
pensions des fonctionnaires*

Sous réserve des dispositions de l'Article 19, les pensions et autres rémunérations similaires versées à un résident d'un État contractant au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet État.

*Article 19. Fonction publique*

1. a) Les rémunérations autres que les pensions, payées par un État contractant, un Land, une subdivision politique et une collectivité locale à une personne physique pour services fournis dans ledit État, Land, subdivision ou collectivité ne sont imposables que dans cet État.

b) Toutefois, lesdites rémunérations ne sont imposables dans l'autre État contractant que si les services sont rendus dans ledit État et si la personne physique est un résident dudit État qui :

i) Est un ressortissant de cet État; ou

ii) N'est pas devenu un résident dudit État aux seules fins de fournir les services en question.

2. a) Toute pension payée par un État contractant, un Land, une subdivision politique ou une collectivité locale dudit État à une personne physique pour services fournis dans ledit État, Land, subdivision ou collectivité n'est imposable que dans ledit État.

b) Toutefois, lesdites pensions ne sont imposables dans l'autre État contractant que si la personne physique en est un résident et un ressortissant.

3. Les dispositions des paragraphes 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions pour services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un État contractant, un Land, une subdivision politique ou une collectivité locale dudit État.

4. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux rémunérations payées au titre d'un programme d'aide au développement d'un État contractant, d'un Land, d'une subdivision politique ou d'une collectivité locale par prélèvement sur des fonds exclusivement octroyés par cet État, Land, subdivision politique ou collectivité locale, à un spécia-

liste ou à un bénévole détaché auprès de l'autre État contractant avec le consentement de cet autre État.

*Article 20. Enseignements, étudiants et stagiaires*

1. Une personne physique qui se rend dans un État contractant sur l'invitation de cet État ou d'une université, d'un collège universitaire, d'une école, d'un musée ou d'une autre institution culturelle de cet État ou au titre d'un programme officiel d'échanges culturels, pour une période de deux ans maximum, uniquement aux fins d'enseigner, de donner des conférences ou d'effectuer des recherches dans cette institution et qui est, ou était immédiatement avant cette visite, un résident de l'autre État contractant est exonérée d'impôts dans le premier État pour sa rémunération tirée de cette activité pendant la première année à partir de sa date d'arrivée; d'autre part, pendant l'année suivante, seule sera exonérée d'impôt la rémunération provenant de sources extérieures à cet État.

2. Une personne physique qui se trouve dans un État contractant uniquement :

a) En tant qu'étudiant dans une université, un collège universitaire ou une école de cet État contractant,

b) En tant que stagiaire dans une entreprise industrielle ou commerciale (y compris, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, "Volontär" ou "Praktikant"),

c) En tant que bénéficiaire d'une bourse, d'une subvention ou d'un prix d'une organisation confessionnelle, philanthropique, scientifique ou éducative, essentiellement dans le but d'étudier ou d'effectuer des recherches dans cet État;

d) En tant que membre d'un programme de coopération technique auquel participe le Gouvernement de cet État contractant et qui est, ou était immédiatement avant sa visite dans ledit État, un résident de l'autre État contractant, est exonérée d'impôts dans le premier État contractant en ce qui concerne

i) Les sommes envoyées de l'étranger pour son entretien, son éducation ou sa formation et

ii) Les rémunérations provenant d'emplois dans cet autre État, pour un montant ne dépassant pas DM 7 200 (7 200 Deutsche Mark) ou son équivalent en monnaie indienne pendant tout exercice, selon le cas, à condition que ledit emploi soit directement lié à ses études ou ait pour objet de couvrir ses frais d'entretien.

*Article 21. Autres revenus*

1. Les éléments du revenu d'un résident d'un État contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents du présent Accord ne sont imposables que dans cet État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers, lorsque le bénéficiaire de tels revenus, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur



des revenus s'attache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ces cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, suivant le cas, sont applicable.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, si un résident d'un État contractant reçoit un revenu provenant de l'autre État contractant et découlant de gains à des loteries, mots croisés, courses y compris courses de chevaux, jeux de carte et autres jeux ou paris de toute forme et de toute nature, ledit revenu est imposable dans l'autre État contractant.

#### *Article 22. Fortune*

1. La fortune constituée par des biens immobiliers qui appartiennent à un résident d'un État contractant et qui sont situés dans l'autre État contractant, est imposable dans cet autre État.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou par des biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre État.

3. La fortune constituée par des navires et des aéronefs exploités en trafic international ainsi que par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs n'est imposable que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Tous les autres éléments de la fortune du résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

#### *Article 23. Élimination de la double imposition*

1. En ce qui concerne les résidents de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est calculé comme suit :

a) Sauf si la déduction de l'impôt étranger est admise, tout élément du revenu provenant de sources situées en République de l'Inde et tout élément de fortune situé en République de l'Inde qui, en vertu du présent Accord, est imposable en République de l'Inde sont exonérés de l'impôt allemand. La République fédérale d'Allemagne se réserve toutefois le droit de faire entrer les éléments de revenu et de fortune ainsi exonérés dans le calcul de son taux d'imposition.

Pour ce qui est des dividendes, l'exonération ne s'applique qu'aux dividendes versés à une société (mais non une association de personnes) résidents de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente de la République de l'Inde si 10 % au moins du capital de la société sont détenus directement par la société allemande.

Sont exonérés de l'impôt sur la fortune, les participations ouvrant droit à des dividendes qui sont exonérés de cet impôt, ou le seraient, s'ils étaient payés, en application des dispositions de la phrase précédente.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relatives à la réduction de l'impôt étranger, une déduction de l'impôt allemand est admise pour l'impôt indien

perçu, en vertu de la législation indienne et conformément au présent Accord, sur les éléments de revenu provenant de sources situées en République de l'Inde et les éléments de fortune qui y sont situés indiqués ci-après :

- i) Les dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa a);
- ii) Les intérêts;
- iii) Les redevances;
- iv) Les revenus au sens de l'alinéa 4 de l'Article 13;
- v) Les tantièmes;
- vi) Les revenus des artistes et des sportifs;

c) Aux fins de la déduction visée à l'alinéa ii) du présent paragraphe b), l'impôt indien est réputé se chiffrer à 10 % du montant brut des intérêts dans le cas où l'impôt indien est réduit à un taux inférieur ou est entièrement éliminé en fonction de la législation interne, quel que soit le montant de l'impôt effectivement versé.

d) Les dispositions de l'alinéa c) s'appliquent aux 12 premiers exercices pendant lesquels le présent Accord est en vigueur.

e) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a), les éléments de revenus visés aux Articles 7 et 10 et les gains tirés de l'aliénation de l'actif d'un établissement stable ainsi que les éléments de fortune générateurs de ces revenus ne sont exonérés de l'impôt allemand que si le résident de la République fédérale d'Allemagne peut prouver que les recettes de l'établissement permanent ou de la société proviennent exclusivement d'activités effectives.

Dans le cas d'éléments de revenus visés à l'Article 10 et d'éléments de la fortune générateurs de ces revenus, l'exonération s'applique, même si les dividendes proviennent de participations dans d'autres sociétés résidentes de la République de l'Inde et qui y exercent effectivement des activités, et dans lesquelles la société qui a procédé à la dernière distribution détient une participation supérieure à 25 %.

Les activités effectives sont les suivantes : production ou vente de produits ou de marchandises, fourniture d'avis techniques ou de services d'ingénierie, activités bancaires ou d'assurance en République de l'Inde.

Si les conditions prévues ne sont pas prouvées, seule la procédure de déduction visée à l'alinéa b) s'applique.

2. En ce qui concerne les résidents de la République de l'Inde, l'impôt est calculé comme suit :

Lorsqu'un résident de la République de l'Inde tire son revenu ou possède une fortune qui, conformément aux dispositions du présent Accord, est imposable en République fédérale d'Allemagne, la République de l'Inde autorise une déduction d'impôt sur ledit revenu dudit résident, d'un montant égal à l'impôt sur le revenu payé en République fédérale d'Allemagne, soit directement soit par déduction, ainsi qu'une déduction de l'impôt sur ladite fortune dudit résident d'un montant égal à l'impôt sur la fortune payé en République fédérale d'Allemagne. Dans les deux cas, cette déduction ne doit pas dépasser la partie de l'impôt sur le revenu ou de l'impôt sur la fortune (calculé avant la déduction) attribuable, selon le cas, au revenu ou à la fortune imposable en République fédérale d'Allemagne.

3. La législation en vigueur dans les deux États contractants continue de s'appliquer à l'impôt sur le revenu et la fortune dans les États contractants respectifs, sauf disposition contraire expressément formulée dans le présent Accord.

*Article 24. Non-discrimination*

1. Les ressortissants d'un État contractant ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation y relative autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être soumis, dans les mêmes conditions, les ressortissants de cet autre État. La présente disposition s'applique aussi, nonobstant les dispositions de l'article premier, aux personnes qui ne sont pas des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

2. Un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas imposé dans cet État de façon moins favorable que les entreprises de cet autre État exerçant la même activité. La présente disposition ne signifie pas qu'un État contractant n'est pas autorisé à imposer les bénéfices d'un établissement stable que possède une société de l'autre État contractant dans le premier État mentionné à un taux d'imposition plus élevé que celui qu'il applique aux bénéfices d'une entreprise semblable appartenant au premier État contractant mentionné, et elle n'est pas en contradiction avec les dispositions du paragraphe 3 de l'Article 7 du présent Accord. D'autre part, la présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder à un résident de l'autre État contractant les déductions, abattements et réductions d'impôt qu'il accorde à ses propres résidents.

3. Sauf lorsque les dispositions de l'Article 9, du paragraphe 7 de l'Article 11 ou du paragraphe 7 de l'Article 12 sont applicables, les intérêts, redevances et autres sommes payés par une entreprise d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont déductibles, aux fins de la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés par un résident du premier État. De la même façon, toute dette d'une entreprise d'un État contractant envers un résident de l'autre État contractant est déductible, aux fins de la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elle avait été contractée envers un résident du premier État.

4. Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé, par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État à aucune imposition ou obligation y relative autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujetties d'autres entreprises similaires du premier État.

*Article 25. Procédure amiable*

1. Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par un État contractant ou par les deux entraînent ou entraîneront pour elle une imposition incompatible avec les dispositions du présent Accord, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces États, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'Article 24, à celle de l'État contractant dont elle est ressortissante. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à compter de la première

notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme aux dispositions de l'Accord.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution appropriée, de régler la question par voie d'entente avec l'autorité compétente de l'autre État contractant, en vue d'éviter toute imposition incompatible avec les dispositions de l'Accord. Tout accord réalisé est mis en oeuvre quels que soient les délais prévus par le droit interne des États contractants.

3. Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent de résoudre d'un commun accord toute difficulté ou toute incertitude concernant l'interprétation ou l'application de l'Accord. Elles peuvent aussi se consulter pour éliminer la double imposition dans les cas qui ne sont pas prévus dans l'Accord.

4. Les autorités compétentes des États contractants peuvent établir d'un commun accord le mode d'application des dispositions du présent Accord concernant l'exonération ou la réduction d'impôts.

5. Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement aux fins de parvenir à un accord au sens des paragraphes qui précèdent.

#### *Article 26. Échange de renseignements*

1. Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires à l'application du présent Accord. Les renseignements reçus par un État contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet État. Ils ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les autorités administratives) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par le présent Accord, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un État contractant l'obligation de :

a) Prendre des mesures administratives incompatibles avec sa législation ou sa pratique administrative, ou avec la législation ou la pratique administrative de l'autre État contractant;

b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre État contractant;

c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

*Article 27. Privilèges diplomatiques et consulaires*

1. Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres d'une mission diplomatique ou consulaire ou d'une organisation internationale en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

*Article 28. Entrée en vigueur*

1. Les Gouvernements des États contractants s'informent mutuellement de l'achèvement des procédures juridiques requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord.

2. Le présent Accord entre en vigueur un mois après la réception de la dernière en date des notifications visées au paragraphe 1 et s'applique :

a) En République fédérale d'Allemagne

i) Aux impôts retenus à la source sur les dividendes, intérêts, redevances et commissions pour services techniques, en ce qui concerne les montants payés à partir du 1er janvier de l'année civile suivant immédiatement celle pendant laquelle le présent Accord entre en vigueur;

ii) Aux impôts visant les périodes à partir du 1er janvier de l'année civile suivant immédiatement celle pendant laquelle le présent Accord entre en vigueur;

b) En République de l'Inde

i) Aux revenus enregistrés pendant tout exercice à partir du 1er avril suivant immédiatement l'année civile pendant laquelle le présent Accord entre en vigueur;

ii) À la fortune détenue le dernier jour de tout exercice à partir du 1er avril suivant immédiatement l'année civile pendant laquelle le présent Accord entre en vigueur.

3. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Inde visant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu signé le 18 mars 1959 ainsi que le protocole modifiant l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Inde visant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu signé le 28 juin 1984 et l'échange de notes de même date expirent et cessent d'avoir effet à partir de la date à laquelle les dispositions du présent Accord entrent en vigueur.

*Article 29. Dénonciation*

Le présent Accord demeurera indéfiniment en vigueur mais chaque État contractant pourra, jusqu'au 30 juin de chaque année civile suivant la cinquième année civile au cours de laquelle il sera entré en vigueur, le dénoncer par notification écrite adressée à l'autre État contractant par la voie diplomatique. Dans ce cas, le présent Accord cessera d'être applicable :

a) En République fédérale d'Allemagne

i) Aux impôts retenus à la source sur les dividendes, intérêts, redevances et commissions pour services techniques, s'agissant des montants payés à partir du 1er janvier de l'année civile suivant celle pendant laquelle notification de dénonciation est donnée;

ii) Aux impôts sur les revenus pour les périodes à partir du 1er janvier de l'année civile suivant celle pendant laquelle la dénonciation a été notifiée;

b) En République de l'Inde

i) Aux revenus enregistrés pendant tout exercice à partir du 1er avril suivant l'année civile pendant laquelle la dénonciation a été notifiée;

ii) À la fortune détenue le dernier jour de tout exercice à partir du 1er avril suivant l'année civile pendant laquelle la dénonciation a été notifiée.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

Fait à Bonn, le 19 juin 1995 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande, hindi et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes allemand et hindi, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

DR. HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

DR. KURT FALTSHAUSER

Pour la République de l'Inde :

DR. MANMOHAN SINGH

PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne

et

La République de l'Inde

Sont convenues lors de la signature à Bonn le 19 juin 1995 de l'Accord entre les deux États visant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune des dispositions ci-après qui font partie intégrante dudit Accord.

**1. En ce qui concerne l'Article 7 :**

a) Pour déterminer les bénéfices d'un projet de chantier ou d'un projet de construction, montage ou installation, seuls seront attribués à l'établissement stable dans l'État contractant où se trouve l'établissement stable les bénéfices résultant d'activités dudit établissement en tant que telles. Dans le cas où la livraison d'outillage ou d'équipement provient du siège de l'entreprise ou d'un autre établissement stable (situé à l'extérieur dudit État contractant) ou d'un tiers (situé à l'extérieur dudit État contractant) en relation avec lesdites activités ou indépendamment de ces dernières, la valeur desdites livraisons ne sera pas attribuée aux bénéfices du projet de chantier, ou de construction, montage ou installation.

b) Les revenus perçus par un résident d'un État contractant et provenant d'activités de planification, projets, construction ou recherche ainsi que le revenu provenant de services techniques fournis dans ledit État en relation avec un établissement stable situé dans l'autre État contractant, ne sont pas attribués audit établissement stable.

c) En ce qui concerne le paragraphe 1 de l'Article 7, les bénéfices provenant de la vente de biens ou de marchandises semblables ou similaires à celles qui sont vendues, ou d'autres activités commerciales ou industrielles de nature semblable ou similaire à celles exercées par l'entremise dudit établissement stable, peuvent être attribués audit établissement stable s'il est prouvé que :

i) Cette transaction avait pour effet d'éviter l'imposition dans l'État contractant où est situé l'établissement stable et

ii) L'établissement stable était de quelque façon que ce soit impliqué dans ladite transaction.

d) Il est entendu que les déductions au titre des dépenses encourues au siège, visées au paragraphe 3 de l'Article 7 ne seront en aucun cas inférieures aux déductions permises par la Loi relative à l'impôt sur les revenus de l'Inde à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord.

e) Aucune déduction n'est permise en ce qui concerne les montants payés ou perçus (en dehors du remboursement de dépenses effectives) par l'établissement stable au siège de l'entreprise ou dans l'un quelconque de ses autres bureaux sous forme de :

i) Redevances, commissions ou autres paiements de même nature pour l'utilisation de brevets ou autres droits;

ii) Commissions pour services spécifiques accomplis ou pour des activités de gestion; et

iii) Intérêts sur les montants prêtés à l'établissement stable, sauf dans le cas d'une institution bancaire.

**2. En ce qui concerne l'Article 8 :**

Aux fins de l'Article 8, le revenu provenant de l'exploitation de navires ou bateaux comprend les revenus provenant de l'utilisation, de l'entretien ou de la location de conteneurs (y compris remorques et matériels connexes pour le transport de conteneurs) en relation avec le transport de biens ou de marchandises en trafic international.

**3. En ce qui concerne l'Article 10 :**

Aux fins d'imposition en République fédérale d'Allemagne, le terme "dividendes" comprend le revenu perçu par un bailleur de fonds ("stiller Gesellschafter") au titre de sa participation en tant que tel et les rémunérations de porteurs de titres de fonds de placement ou de sociétés d'investissement. Aux fins d'imposition en République de l'Inde, tous les revenus de même nature seront traités de la même façon.

**4. En ce qui concerne les Articles 10 et 11**

Nonobstant les dispositions de ces articles, les dividendes et intérêts sont imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et conformément à la législation dudit État,

a) S'ils proviennent de droits ou de créances comportant un droit de participer aux bénéfices (y compris les revenus perçus par un bailleur de fonds au titre de sa participation en tant que tel, d'un "partiarisches Darlehen" et d'un "Gewinnobligationen" au sens de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne) et

b) À condition de pouvoir être déduits lors de la détermination des bénéfices du débiteur dudit revenu.

**5. En ce qui concerne l'Article 13 :**

Étant donné la position confirmée au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne selon laquelle la Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) a pour seul actionnaire le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et est exonérée de l'impôt sur le revenu en Allemagne, il est convenu que les gains en capital à long terme perçus par la DEG par suite de la cession d'actions dans des entreprises indiennes seront exonérés d'impôts en Inde.

**6. En ce qui concerne l'Article 23 :**

a) L'exonération prévue à l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'Article 23 est accordée que le revenu ou la fortune en question soit effectivement imposé en République de l'Inde ou non.

b) Dans le cas où une entreprise qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne distribue des revenus provenant de sources situées en République de l'Inde, le para-



graphe 1 de l'Article 23 n'interdit pas l'application compensatoire de l'impôt sur les sociétés auxdites distributions conformément aux dispositions de la Loi fiscale allemande.

c) La République fédérale d'Allemagne évitera la double imposition en octroyant un crédit fiscal, comme prévu au paragraphe 1 (b) de l'Article 23 et non pas par le biais d'une exonération fiscale en vertu du paragraphe 1 (a) de l'Article 23,

aa) Si le revenu des États contractants est régi par des dispositions différentes de l'Accord ou attribué à des personnes différentes (autres qu'en vertu de l'Article 9) et si cette situation contradictoire ne peut pas être réglée par procédure amiable prévue à l'Article 25 et

i) Si à la suite de cela, le revenu intéressé serait soumis à double imposition; ou

ii) Si à la suite de cette situation le revenu intéressé demeurerait non imposé ou si son imposition était réduite de façon inappropriée en République de l'Inde et si ledit revenu resterait exonéré de l'impôt en République fédérale d'Allemagne (si le présent paragraphe n'était pas appliqué); ou

bb) Si la République fédérale d'Allemagne, après consultation et sous réserve des limites de sa législation interne, a communiqué à la République de l'Inde par voie diplomatique d'autres éléments de revenu auxquels elle a l'intention d'appliquer le présent paragraphe pour ne pas exonérer le revenu en question d'impôts dans les deux États contractants ou pour empêcher l'application d'autres dispositions aux fins d'utiliser le présent Accord de façon inappropriée.

Dans le cas d'une notification en vertu de l'alinéa bb), la République de l'Inde peut, par notification par la voie diplomatique, caractériser ledit revenu en vertu de l'Accord en lui prêtant de façon constante le caractère qui lui est attribué par la République fédérale d'Allemagne. La notification en question ne prendra effet qu'à partir du premier jour de l'année civile suivant l'année pendant laquelle elle a été transmise et toutes conditions juridiques préalables requises par la loi interne de l'État envoyant la notification ont été remplies.

#### **7. En ce qui concerne l'Article 26 :**

a) Il est également entendu qu'en ce qui concerne l'Accord, le terme "renseignements" comprend les documents. Il est également entendu que la loi fiscale allemande prévoit la communication de renseignements conformément au paragraphe 3 de l'Article 117 du Code fiscal (Abgabenordnung), sur demande, et il serait possible de fournir les renseignements à l'autorité compétente de la République de l'Inde en vertu desdites dispositions, sans tenir compte du présent Article.

b) Dans le cas où des données personnelles seraient échangées en vertu du présent Article, et sous réserve des législations internes de chaque État contractant, les dispositions supplémentaires ci-après s'appliqueront :

i) Les États contractants fournissant les données seront tenus responsables de leur exactitude. S'il apparaît que des données inexactes ou des données qui n'auraient pas dû être fournies ont été communiquées, l'État qui les reçoit en sera informé sans délai et sera tenu de les corriger ou de les éliminer;

ii) Les États contractants devront tenir des registres officiels ayant trait à la transmission et à la réception des données personnelles;

iii) Les États contractants seront tenus d'adopter des mesures efficaces afin de protéger les données personnelles communiquées contre tout accès, modification et communication non autorisés;

iv) Sur demande, la personne intéressée sera informée des renseignements la concernant qui ont été reçus et de l'utilisation qui en sera faite. Ladite personne n'a pas à être ainsi informée si l'intérêt public semble l'emporter sur l'intérêt de ladite personne. Pour tous les autres aspects, le droit de la personne intéressée à être informée des renseignements la concernant qui sont détenus sera régi par la législation interne de l'État contractant dans le territoire souverain duquel la demande de renseignement est effectuée.

Fait à Bonn, le 19 juin 1995 en deux exemplaires originaux, chacun dans les langues allemande, hindi et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes allemand et hindi, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

DR. HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

DR. KURT FALTLHAUSER

Pour la République de l'Inde :

DR. MANMOHAN SINGH